

# Frankfurter Allgemeine Dossier

# 1

April 2019



## Schule und Erziehung

Verbissene Eltern, verzweifelte Schüler: Nicht viele Themen werden in Deutschland so ideologisch und apodiktisch diskutiert wie die Schulwahl und die richtigen Schularten. Die Bildungspolitik ist nicht zuletzt aus diesem Grund ein Minenfeld, in dem es jeder gut meint, aber kaum jemand es wirklich gut macht.

Dieses Dossier ist ein Leitfaden, der hilft, dieses schwierige Thema mit leichter Hand zu bewältigen, und ein Trost, wenn es mal nicht so gut klappt.

Die Angst der Eltern vorm Versagen  
Seite 4

Die beste Investition: Bildung  
Seite 8

Bildung und soziale Schranken  
Seite 13

Das Kreuz mit der Rechtschreibung  
Seite 19

Gibt es zu viele und zu schlechte Abiturienten?  
Seite 22

Der Prüfungsdruck im Abitur  
Seite 24

Was ist an Privatschulen so reizvoll?  
Seite 26

Loben ist gut - aber in Maßen  
Seite 32

Zerstörerische Karrierepläne  
Seite 34

# Inhalt

Editorial.....	S.3
Die Angst der Eltern vorm Versagen.....	S.4
Mehr Abbrecher und weniger Leistung an den Schulen.....	S.7
Bildung macht reich.....	S.8
Warum arme Kinder arm bleiben.....	S.13
Aller Aufstieg ist schwer.....	S.16
Hauptsache Schraibän.....	S.19
Intelligenzschwemme oder Bedeutungsverlust?.....	S.22
Der Schwächste fliegt.....	S.24
Sollen jetzt alle auf Privatschulen?.....	S.26
Flucht in die Privatschule.....	S.28
Mein kluges Kind.....	S.32
Wann muss ich die Karriere meines Kindes planen?.....	S.34

## Impressum

Frankfurter Allgemeine Dossier  
eMagazin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung  
© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main, 2019.  
Alle Rechte vorbehalten.

Verantwortlicher Redakteur  
Carsten Knop (Chefredakteur Digitale Produkte)

Redaktion und Gestaltung  
Hans Peter Trötscher (F.A.Z.-Archiv, Leiter F.A.Z.-Research)  
Projektleitung: Olivera Kipic (F.A.Z.-Archiv, Ressortleitung Content-Vermarktung)

Text: Ursula Kals, Anke Schipp, Dietrich Creutzburg, Tim Kanning, Thomas Klemm, Patrick Bernau, Bastian Benrath, Maja Brankovic, Eva Heidenfelder, Heike Schmoll, Florentine Fritzen, Lisa Becker, Jan Grossarth  
Infografik: Andre Piron, Stefan Walter, Felix Brocker, F.A.Z.-Grafik  
Fotos: adobestock.com  
Titel-Grafik: adobestock.com / matite09

Produktion: F.A.Z.-Research

Anschrift: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main

Geschäftsführung  
Thomas Lindner (Vorsitzender)  
Dr. Volker Breid

Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für Inhalte des Frankfurter Allgemeine Dossiers unter [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de), Kontakt: [nutzungsrechte@faz.de](mailto:nutzungsrechte@faz.de)

# Keine einfachen Antworten

Man stelle sich vor, Kinder lernten in der Schule, dass man sich nicht richtig zuhört, dass man die Argumente der anderen plattmacht und die eigenen nicht belegen muss. Das fände wohl niemand gut. Doch laufen Debatten über die „richtige“ Bildung oft so ab. Was soll in der Schule vermittelt werden? Sind die Klassen zu groß? Machen zu viele Abitur? Ist der Bildungsföderalismus noch zeitgemäß? Das sind wichtige Fragen - über die leider mit viel Schaum vor dem Mund und allzu rechthaberisch diskutiert wird.

Was und wie soll in der Schule gelernt werden? Klar ist: Schulen dürfen nicht jeder pädagogischen Mode hinterherlaufen. Methoden müssen wissenschaftlich belegt und die Lehrer entsprechend ausgebildet werden. Selbstverständlich sollte Neues erforscht und ausprobiert werden, zum Beispiel die Möglichkeiten der digitalen Medien. Ein wichtiger Ort für pädagogische Innovationen sind Privatschulen. Es ist gut, dass es sie gibt - Offenheit und Wettbewerb tun dem Bildungssystem gut. Apropos Wettbewerb: Soll Schule auf das Arbeiten in einer von Konkurrenz geprägten Wirtschaft vorbereiten? Die Schule ist der Ort der Allgemeinbildung, nicht der Vorbereitung auf einen bestimmten Beruf. Doch sollte in ihr die Basis für eine spätere berufliche Qualifikation gelegt werden. Da rücken zwei Fächer in den Blick: Informatik und Wirtschaft. Es gibt gute Gründe, sie als Pflichtfächer zu etablieren. Doch was soll dafür wegfallen? Und woher sollen die Lehrer kommen, in Zeiten des Lehrermangels, des vielleicht drängendsten Problems überhaupt? Niemand hat einfache Antworten auf diese Fragen. Schritt für Schritt können sie gefunden werden - in einem von Offenheit, Respekt und Zuversicht geprägten gesellschaftlichen Klima.

Ihre Lisa Becker



# Die Angst der Eltern vorn Versagen

In der vierten Klasse fragen sich viele Mütter und Väter: Ist mein Kind fürs Gymnasium geeignet oder nicht? In Hessen zählt der Elternwunsch, in Bayern der Notenschnitt. Zwei Mütter berichten über Extreme.

VON URSULA KALS UND ANKE SCHIPP

## Radikal in Bayern

Schon im Münchner Kindergarten waberte das Wort, während der ersten beiden heiteren Grundschuljahre fiel es häufiger: Übertritt. Na ja, was soll's. Die Lehrerin ist charismatisch, das Kind hüpfte motiviert zum Unterricht. Langsam schleicht sich diese Unbeschwertheit aus, gegen Ende des dritten Schuljahres dominieren die Übertritt-Diskussion und Rechen-Akrobatik. In Bayern ist es nämlich so: Auf welche Schulform ein Kind wechseln wird, das ist knallhart eine Frage seines Notenschnitts im zweiten Halbjahr der vierten Klasse. Anfang Mai gibt es diese Übertrittzeugnisse. Wer in Deutsch, Mathematik und Heimat- und Sachkunde mindestens einen Durchschnitt von 2,33 hat, dem steht das Gymnasium offen. Für die Realschule ist eine 2,66 erforderlich, sonst ist die Mittelschule angesagt, so heißt in Bayern die Hauptschule.

Für die Notenauslese gibt es gute Gründe. Das bayrische Gymnasium verteidigt einen anspruchsvollen Ruf, doch elterlicher Ehrgeiz deckt sich nicht immer mit dem Leistungsvermögen des Nachwuchses. Um Fehlentscheidungen zu verhindern, erscheint den Behörden eine Selektion über Noten vernünftig. Dieser radikale Weg hat Schattenseiten. Denn die Notenfrage nimmt im Lauf der gar nicht mehr so entspannten ersten Schulphase gewaltig an Fahrt auf. Spätzügler und Kinder, die sich mit dem Lernen schwertun, werden unter Druck gesetzt. Sensible Kinder verkraften das schlecht und machen früh die fatale Erfahrung:

Lernen ist Anstrengung und immens wichtig - wenn ich das nicht packe, sind meine Eltern enttäuscht oder ärgerlich.

In der Grundschule in einem Münchner Vorort sickert ein un-gutes Gefühl durch: Wir lernen nicht fürs Leben, fürs eigene Entdecken, sondern wir lernen für den Notendurchschnitt und den häuslichen Frieden. Ist das wirklich gewünscht? Schüler, die noch recht verspielt sind, kapitulieren davor, andere, die Entwicklungsschübe hinter sich haben, mögen daran wachsen. Beide aber nehmen wahr: Es geht knallhart ums Vergleichen. Dem Klassenklima tut das nicht gut bis hin zu Dynamiken, dass die guten Schüler mit einem Streberimage kämpfen und potentielle Hauptschulkandidaten unter sich bleiben.

Worüber wenig offen gesprochen wird: Sogar Schüler mit rascher Auffassungsgabe geraten in diese Spirale. Selbst tiefenentspannte Eltern, denen der frühe Wettbewerb rund ums Grundschulabitur zuwider ist, kämpfen mit dem System: Ob sie wollen oder nicht, die Kinder lassen sich von dem allgegenwärtigen Notenthema anstecken. 2,33 - bist du dabei? Vermeiden lässt sich das kaum: Da fragt die Mutter der besten Freundin, ob sich Lea auch so schwer mit den Rechenpyramiden tue.

Da versucht Pauls Papa diskret herauszufinden, ob bei uns Diktate geübt werden. Die Mutter des Hochbegabten bangt um dessen Abstieg, er ist einsame Spitze im Rechnen, bei Heimatkunde verweigert er sich, beim Sozialverhalten hakt es. Die Mutter der Spätzüglerin bucht für einen 40-Euro-Stundensatz

Nachhilfe, damit es mit der Rechtschreibung besser klappt. Wohl gemerkt, wir reden von der Grundschule. Auch dem naivsten Kind dämmert, dass es um etwas ganz, ganz Wichtiges geht und ein Leben ohne Abitur nicht so richtig lebenswert sein kann.

Schauer märchen werden ventiliert. Davon, dass auf dem Gymnasium in den ersten beiden Jahren „hart ausgesiebt“ wird, davon, dass auch Realschullehrer in dieser Phase besonders streng bewerten und unter der Hand andeuten, sie müssten in ihren Klassen Platz machen für den Schwall Schüler, der das Gymnasium nicht packe.

Die Mittelschule versteht sich verständlicherweise nicht als Resterampe.

Befeuert wird die Diskussion durch Informationsabende. Vertreter von drei Schulformen stellen sich vor. Sie sind in heikler Mission unterwegs, wollen einerseits für ihre Institution werben, andererseits nicht die „Loser“ anziehen. Pädagogen schwelgen in Metaphern vom Mount Everest, dem Basislager Grundschule und verschiedenen Wegen, ihn zu erreichen, Schlagworte wie Vorrückungsfächer und die fünfte Jahrgangsstufe als Gelenkklassen kommen auf.

Der Infoabend ist empfehlenswert, allein schon, weil die kühle Vertreterin des Gymnasiums eine kluge These vertritt: Es gehe auf ihrer Schule entscheidend darum, ob das Kind neben der Lernfähigkeit auch Lernbereitschaft besitze, bei drögem Stoff Anstrengungswillen und Ausdauer zeige. Sei das nicht der Fall, rate sie entschieden vom Gymnasium ab. Gleiches gelte bei Defiziten in der deutschen Sprache.

Die Grundschullehrerin wird auf einem Elternabend persönlich. Als Mutter von zwei Töchtern, von denen eine vom Gymnasium auf die Realschule gewechselt sei, rät sie den Eltern, ganz genau auf ihr Kind zu schauen und es nicht in eine falsche Richtung zu manipulieren. „Wir hätten uns in der Familie einiges erspart, hätten wir das früher erkannt.“ Jetzt läuft die Sache gut. Die Tochter ist erfolgreich, der Familienfrieden wieder hergestellt.

Wenn der Notenschnitt des Kindes nicht fürs bayrische Gymnasium reicht, gibt es noch einen Weg, nämlich einen dreitägigen Probeunterricht mit Test. Was ehrgeizigen Eltern als hoffnungsvolle Möglichkeit erscheint, davor warnt auf dem Schultypen-Infoabend ein Pädagoge: Unter den jungen Prüfungskandidaten seien viele, die verstört dasäßen und mit der Situation heillos überfordert seien, andere weinten voller Versagensangst, weil sie an den Aufgaben scheiterten, aber ihre Eltern nach all den Wochen des Paukens nicht enttäuschen wollten. Manche dösten kindlich vor sich hin, verkannten völlig den Ernst der Lage. Wollte man das? Die Zuhörer werden nachdenklich.

Ein Phänomen spiegelt die Problematik des Systems: In diesem Bundesland gibt es auffallend viele, attraktive Möglichkeiten, auf Umwegen zur Hochschulreife zu gelangen. Das ist besser als japanische Verhältnisse, wo schon Zehnjährige Ergänzungsschulen besuchen - von 16.30 bis 20.30 Uhr.

### **Entspannt in Hessen**

Niemand geriet in Panik, damals in der vierten Klasse, als es darum ging, ob die Kinder aufs Gymnasium gehen oder nicht. Klar, ein bisschen mulmig war einem schon. Keine Gymnasialempfehlung für das Kind, das ist halt doch ein bisschen so, als hätte man als Eltern versagt. Die Lehrerin der Frankfurter Grundschule fasste das Lern-, Arbeits- und Sozialverhalten unserer Tochter beim Beratungsgespräch zusammen, ging die Noten der einzelnen Fächer durch, blickte kurz auf ihren Zettel und sagte dann: „Also, Ihre Tochter hat natürlich eine Gymnasialempfehlung.“

Wir hatten es uns gedacht, aber wir waren trotzdem erleichtert. Viele Eltern hielten sich damals bedeckt, bei manchen ahnte man, dass es bei dem Kind vielleicht nicht reicht. Auf einem Infotag eines Gymnasiums klagte mir eine Mutter ihr Leid. Ihr Sohn habe keine Gymnasialempfehlung. Die Familie sei ratlos, der große Bruder habe sie doch damals auch gehabt. Was war da schiefgelaufen? Die Lehrerin habe gesagt, er beteilige sich zu wenig am Unterricht, und eine Real- oder Gesamtschule sei besser für ihn. Man wolle es aber vielleicht trotzdem auf einem Gymnasium versuchen, eines, das den Ruf hat, nicht so leistungsorientiert zu sein.

In Hessen zählt der Elternwille. Sagt die Schule „nein“, können die Eltern sagen: „Doch!“ Das entspannt einerseits die ganze Sache, denn der Druck auf die Kinder hält sich in Grenzen. Jedes Gymnasium muss Kinder aufnehmen, die keine Empfehlung für diese Schulform haben. Alle sollen eine Chance haben.

Eltern sollten allerdings berücksichtigen, dass ihr Kind, wenn es keine Empfehlung hat, nach dem fünften Schuljahr bei entsprechend schlechten Leistungen auf eine Real- oder Gesamtschule querversetzt werden darf. Das kann für die Kinder durchaus traumatisch werden, weil sie dann in der Regel auf irgendeine Schule kommen, auf der gerade ein Platz frei ist, und dann noch in eine Klasse, in der sie niemanden kennen. Tatsächlich gibt es fast in jeder fünften Gymnasialklasse mindestens ein Kind, das nicht mitkommt und nach dem Ablauf des Schuljahrs die Schule verlassen muss. In humanistischen Gymnasien ist die Zahl noch höher.

Eltern, die ihre Kinder entgegen der Empfehlung der Grundschule ins Gymnasium schicken, tun ihren Kindern also oft keinen Gefallen, denn Spätzügler sind eher die Ausnahme, auch wenn es sie tatsächlich gibt. Ein Junge, der viel im Unterricht geträumt hat und manchmal etwas langsam im Denken war, läuft jetzt in der fünften Klasse zu Hochform auf und lernt zudem noch ein Musikinstrument.

Trotzdem wundert es manchmal, dass ausgerechnet in einem Land, das von einem CDU-Ministerpräsidenten geführt wird, der Leistungsgedanke so wenig zählt. Die Gymnasien dürfen bei der Auswahl der Kinder noch nicht mal die Zeugnisse der vierten Klasse sehen. In den Bewerbungsbögen stehen nur die Kriterien der Eltern, warum sie sich für den Platz an einer bestimmten Schule bewerben, weil es einen Musikschwerpunkt gibt oder die Schule vielleicht naturwissenschaftlich geprägt ist. Eine Elitebildung soll also ausgeschlossen werden. Die Vorgabe eines Notendurchschnitts, wie es manche Gymnasien in anderen Bundesländern machen, darf es nicht geben.

Das Gymnasium für alle hat allerdings zur Folge, dass es kaum Kinder aus bildungsbürgerlichen Familien gibt, die auf die Real-, Gesamt- oder gar Hauptschule gehen, auch wenn Grundschuldirektoren auf zahlreichen Infoabenden bei den Eltern für die anderen Schulformen werben. Die Gymnasien in Städten wie Frankfurt quellen deshalb über - und die Realschule wird zur Resterampe, auf die man sein Kind in den Augen ehrgeiziger Eltern „auf gar keinen Fall“ schicken könne, weil dann die akade-

mische Karriere gefährdet sei und es überhaupt zu viele Eltern mit Migrationshintergrund gebe. Deshalb gibt es Eltern, die ihr Kind trotz mangelnder Eignung lieber aufs Gymnasium schicken und an fünf Tagen in der Woche Nachhilfe buchen, damit es einigermaßen durchkommt. Eine entspannte Kindheit sieht anders aus.

## DER ÜBERTRITT IN DEN BUNDESLÄNDERN

Jedes Bundesland hat seine eigenen Regeln, welches Kind ins Gymnasium gehen kann und welches nicht. Grundsätzlich ist entweder der Notendurchschnitt in der vierten Klasse oder der Wille der Eltern entscheidend.

Der **Notendurchschnitt** entscheidet in nur sechs von 16 Bundesländern über die weiterführende Schule. In Bayern liegt der erforderliche Notendurchschnitt bei 2,33, in Sachsen sogar bei 2,0.

Der **Elternwille** wird in vielen Fällen allerdings eingeschränkt. Einige Bundesländer wie Mecklenburg-Vorpommern haben Probezeiten eingerichtet, in denen ein Kind, das keine Empfehlung hat, es trotzdem auf dem Gymnasium versuchen kann, aber dann auch wechseln muss, wenn es keine entsprechenden Leistungen zeigt. In Sachsen-Anhalt zählt zwar der Elternwille, aber die Kinder müssen eine Eignungsprüfung für das Gymnasium bestehen, wenn sie keine Empfehlung vorweisen können. In Berlin zählt nach der sechsjährigen Grundschulzeit zwar auch der Elternwille, aber neben einer sechsmonatigen Probezeit gibt es außerdem viele Gymnasien, die einen internen Notendurchschnitt haben und nur Kinder nehmen, die den dann auch einhalten.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)

# Mehr Abbrecher und weniger Leistung an den Schulen



Zudem fehlen Milliarden Euro für Gebäude und Ausstattung / Zwei Studien stellen schlechtes Zeugnis aus

VON DIETRICH CREUTZBURG UND TIM KANNING

Deutschlands Schulen sollen besser werden. Tatsächlich geschieht derzeit das Gegenteil: Das Leistungsniveau in den Kernfächern Mathematik und Deutsch verschlechtert sich, die Zahl der Schulabbrecher steigt - und es fehlt vielerorts an qualifizierten Lehrern wie auch einer zeitgemäßen Ausstattung der Schulen. Das belegt der neue „Bildungsmonitor“, eine breit angelegte Analyse, die das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) jährlich für die arbeitgeberfinanzierte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) erstellt.

Insgesamt beendeten 5,7 Prozent der Jugendlichen im Jahr 2016 ihre Schulzeit ohne Abschluss, ein halber Prozentpunkt mehr als 2013, wie die Auswertung zeigt. Unter den Schulabgängern mit ausländischem Pass stieg dieser Anteil allerdings sogar von 10,7 auf 14,2 Prozent. Die Einwanderung von Asylsuchenden und auch von EU-Ausländern stelle die Schulen vor steigende Anforderungen, erläuterte IW-Bildungsforscher Axel Plünnecke. „Aber Qualität und Ausstattung der Schulen halten damit nicht Schritt.“

Auch auf anderen Feldern kommt die Analyse, die insgesamt fast 100 Indikatoren zur Bildungsqualität erfasst, zu ernüchternden Ergebnissen. So fehle es den Schulen für eine zeitgemäße digitale Bildung an moderner technischer Ausstattung wie auch an pädagogischen Konzepten. Dass sich die mit dem „Bildungsmonitor“ gemessene Schulqualität erstmals seit vielen Jahren auf ganzer Breite verschlechtert habe, sei ein „dramatisches Zeichen“, warnte INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr und

plädierte für deutlich höhere öffentliche Bildungsausgaben. „Das nötige Geld haben Bund und Länder in ihren Haushalten“ - doch stünden Mehrausgaben für die Rente derzeit politisch höher im Kurs als Mehrausgaben gegen Bildungsarmut, kritisierte er.

Dass im Bildungssektor große Investitionslücken klaffen, belegt auch eine am Mittwoch veröffentlichte Analyse der staatlichen Förderbank KfW. Nach ihrer Hochrechnung müssten die Kommunen allein 48 Milliarden Euro in Bau, Renovierung und Ausstattung von Schulen stecken, um für eine bedarfsgerechte Infrastruktur zu sorgen. Im Vergleich zum Vorjahr ist dieser Investitionsrückstand damit noch einmal um 15 Milliarden Euro gewachsen. Für Investitionen in die Kleinkinderbetreuung fehlten den Kommunen weitere 7,6 Milliarden Euro, so die Förderbank. Sie stützt sich damit auf eine regelmäßige Befragung deutscher Kämmerer.

Bemerkenswert ist, dass der Rückstand wächst, obwohl Städte und Gemeinden schon wieder mehr in die Bildungseinrichtungen investieren. KfW-Chefvolkswirt Jörg Zeuner erklärt dies teils mit steigenden Kinder- und Schülerzahlen, teils mit steigenden Qualitätsansprüchen und dem Ausbau der Ganztagsbetreuung. Hinzu komme, dass ein Gutteil der Mehrausgaben durch wachsende Baukosten regelrecht „aufgefressen“ werde.

Zudem macht er Kapazitätsengpässe sowohl in der Verwaltung als auch in der Bauwirtschaft aus. Zeuner forderte, die Investitionsfähigkeit der Kommunen im föderalen Staat strukturell zu verbessern. „Schlechte Bildung heute heißt höhere Sozialausgaben morgen - das ist ein mieser Tausch“, warnte er.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)

# Bildung macht reich



Studieren lohnt sich: Akademiker verdienen ihr ganzes Leben lang mehr als alle anderen. Dafür lohnen sich Investitionen in Nachhilfe und Internat.

VON THOMAS KLEMM

Seit geraumer Zeit kann man den Eindruck gewinnen, sich für eine möglichst hohe Bildung rechtfertigen zu müssen. Zwar kann es sich niemand ernsthaft erlauben, gegen Bildung zu sein, schließlich eröffnet sie den Menschen bessere Chancen am Arbeitsmarkt, ein höheres Einkommen und im besten Falle auch ein erfüllteres Leben, wovon auch eine Volkswirtschaft als Ganzes profitiert. Aber neben allen Sonntagsrednern, die das hohe Gut der Bildung lobpreisen, verschaffen sich auch immer wieder Bedenkenträger und Relativierer Gehör. Also all jene, die zwar eine Wissensgesellschaft im Großen und Ganzen gut finden, die aber unentwegt mahnen, dass man es doch bitte nicht übertreiben möge mit all dem Bildungsstreben. Diese Leute haben vor Jahren das hässliche Wort „Akademisierungswahn“ erfunden und halten es mit Inbrunst am Leben. Sie behaupten, es sei nicht nur unnötig, dass hierzulande viele junge Erwachsene eine Universität besuchen. Es könnte sogar für Deutschlands Wirtschaft schädlich sein, wenn die Kinder von Hinz und Kunz in überfüllten Hörsälen hocken und in Seminarräumen über Aufgaben brüten, die sie kaum lösen können.

Alein schon, dass es von Jahr zu Jahr immer mehr neue Abiturienten gibt, ist für diese Kritiker ein Anzeichen dafür, dass die Ausbildungsqualität hierzulande zunehmend Schaden nimmt und viele junge Leute auf dem Holzweg marschieren. Zum einen werde die Hochschulreife selbst entwertet, wenn die Anforderungen ans Abitur flächendeckend geringer werden und alljährlich mehr als die Hälfte eines Schülerjahrgangs Abitur machten. Zum anderen wird gerne ins Feld geführt, dass der Drang nach Höherem dazu führe, dass an anderen Stellen die Leute knapp werden. Die Schlagworte, die mitunter als politische Kampfbegriffe

genutzt werden, sind hinlänglich bekannt: „Facharbeitermangel“ ist das wohl gängigste. Die duale Ausbildung in Betrieben und an der Berufsschule, auf die Deutschland so stolz ist und die vielen Ländern als Vorbild gilt, gerät angeblich zunehmend ins Hintertreffen. Zusammengefasst, lautet die Klage: Deutschland benötigt nicht nur Gebildete, die theoretisch über großen Fachverstand verfügen, sondern auch Menschen, die das Wissen praktisch umsetzen.

Sosehr sich manche Arbeitsmarktforscher, und Funktionäre aus Industrie und Handwerk auch mühen: Ihre wiederkehrenden Einlassungen wirken nicht abschreckend. Im Gegenteil: Höhere Bildung bleibt angesagt, und das mit Fug und Recht. Immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene machen Abitur, im Jahr 2015 waren es 53 Prozent, und weniger werden es auf absehbare Zeit sicherlich nicht. Und auch das Studium, ob an der Universität oder der Fachhochschule, wird zunehmend beliebter. Der Anteil der Hochschulabsolventen an der Bevölkerung hat sich von sechs Prozent im Jahr 1976 auf 18 Prozent im Jahr 2013 verdreifacht. Unter den 30- bis 40-Jährigen von heute hat schon fast jeder Vierte einen Hochschulabschluss - Tendenz weiter steigend.

Die Eltern, die ihre Kinder zu einem höheren Bildungsabschluss motivieren, und die jungen Erwachsenen, die einen entsprechenden Bildungsweg einschlagen, verhalten sich vernünftig. Denn zahlreiche Studien belegen, dass es Akademikern besser geht: Sie verdienen im Schnitt deutlich mehr als Personen, die eine Lehre abgeschlossen oder einen Meisterbrief erworben haben, sie werden seltener arbeitslos und beziehen auch im Rentenalter noch höhere Einkünfte. Ganz abgesehen davon, dass mit einem höheren Bildungsgrad nicht nur eine fachliche Spezialisierung einhergeht, sondern sich auch der Blick auf die Welt weitet. Wer studiert hat, lebt gesünder, zufriedener und länger. Das gilt zumindest im Durchschnitt. Ausnahmen bestätigen wie immer die Regel.



Wie sehr sich eine bessere Ausbildung lohnt, hat soeben der Bildungsforscher Ludger Wößmann vom Münchner Ifo-Institut berechnet. Der Leiter des dortigen Zentrums für Bildungsökonomie legt mit seinem Team in einer Studie dar, wie sehr sich jeder höhere Bildungsabschluss im Lebensinkommen auszahlt. Und zwar auch dann, wenn man die höheren Ausbildungskosten (wie für eine Meisterschule) oder die Studienkosten und den mehrjährigen Einkommensverzicht während eines Uni-Studiums berücksichtigt. Die Bildungsrendite, also der übers Leben gerechnete Einkommengewinn durch ein Studium, ist trotz aller Investitionen hoch. „Bei einem Studium werden die aufgewendeten Kosten über das gesamte Erwerbsleben mit durchschnittlich zehn Prozent im Jahr verzinst“, sagt Wößmann, der im Auftrag der Fondsgesellschaft Union Investment die Daten von 1,1 Millionen deutschen Erwerbstätigen im Alter von 18 bis 65 Jahren ausgewertet hat.

## Bildung ist eine Investition fürs Leben

Ein guter Schulabschluss kostet Geld



**87 EURO**

geben Eltern durchschnittlich im Monat für Nachhilfe aus.

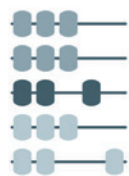


**JEDES 7. KIND**

bekommt Nachhilfe. 61% aller Nachhilfeschüler pauken Mathe.

**53%**

eines Jahrgangs machen Abitur.



Quellen: Union Investment; Bertelsmann Stiftung / FA.Z.-Grafik Piron

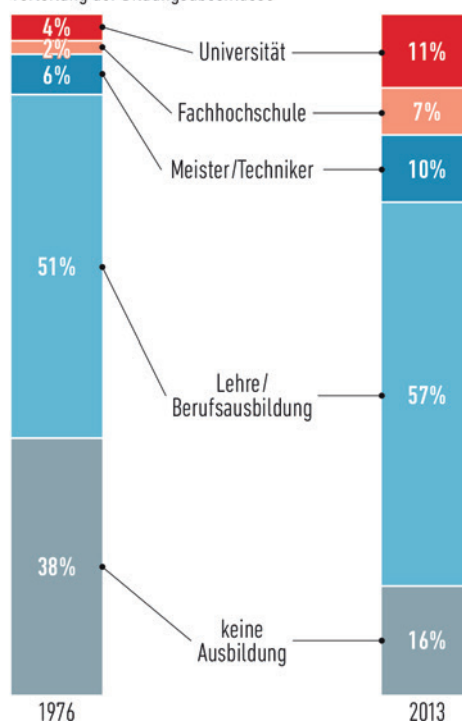
So verdienen Akademiker, die ein Universitätsstudium im ersten Bildungsweg abgeschlossen haben, durchschnittlich 990 000 Euro netto in ihrem Erwerbsleben und damit 64 Prozent mehr als jemand mit einer abgeschlossenen Lehre. Ein Fachhochschulabsolvent kommt auf ein Plus von 44 Prozent. Das höchste Netto-Lebensinkommen haben Akademiker, die in oder um Frankfurt leben. Sie verdienen im Schnitt 1,13 Millionen Euro, dicht gefolgt von Uni-Absolventen, die in München oder im Umland arbeiten und es in ihrem Leben auf 10 000 Euro weniger bringen. Überraschend mag anmuten, dass Akademiker in Trier das drittmeiste Geld verdienen, und zwar 1,118 Millionen Euro. Dass die Löhne dort vergleichsweise hoch sind - auch bei Fachkräften sowie Absolventen von Fachhochschulen (927 000 Euro) -, liegt laut Bildungsökonom Wößmann vor allem an der Nachbarschaft Triers zum reichen Luxemburg. Am wenigsten verdienen Akademiker im Osten Deutschlands, das Schlusslicht bildet die Region um Cottbus (637 000 Euro). Im Westen der Republik liegen die

Studierten in Bremen ganz hinten, die 734 000 Euro verdienen und damit rund ein Drittel weniger als jene in Frankfurt.

Über das Lebensinkommen hinaus ist ein hoher Bildungsabschluss auch die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Während in Deutschland fast jeder fünfte Ungelernte arbeitslos ist und die Erwerbslosenquote unter den Facharbeitern bei rund sieben Prozent liegt, stehen Höherqualifizierte deutlich besser da: Am besten sind die Akademiker dran mit einer Erwerbslosenquote von 2,5 Prozent, dicht gefolgt von Fachhochschulabsolventen (2,6) und Meistern und Technikern (2,8). Überblickt man den Zeitraum seit 1976, dann wird der Vorteil höherer Bildung noch offensichtlicher: Seither ist die durchschnittliche Arbeitslosenquote bei Menschen ohne eine Berufsausbildung um mehr als das Vierfache gestiegen. Bei Universitätsabsolventen erhöhte sich die Arbeitslosenquote am wenigsten, von 1,5 Prozent auf 2,5 Prozent. „Bildung ist eine Investitionsentscheidung“, sagt Wößmann.

## Die Zahl der Hochschulabsolventen nimmt zu

Verteilung der Bildungsabschlüsse



Das heißt aber auch: Zunächst einmal kostet Bildung Geld. Viel Geld. Und je höher man strebt, desto mehr Kosten fallen an. Es fängt schon mit der Schule an. Zwar ist die Lage in Deutschland, wo die Kosten für das Bildungssystem zu 85 Prozent vom Staat gedeckt werden, für Familien komfortabler als beispielsweise in Großbritannien oder den Vereinigten Staaten, wo Privathaushalte Schulgebühren bezahlen müssen und zwei Drittel oder mehr der Finanzierung übernehmen müssen. Aber wenn der Nachwuchs hierzulande gute Noten und einen erfolgreichen Abschluss nach Hause bringen soll, ist eine außerschulische Förderung oft vonnöten. Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung geben deutsche Eltern fast 900 Millionen Euro im Jahr für Nachhilfe aus: Das sind im Schnitt 87 Euro monatlich.

Der Hang zur Nachhilfe beginnt schon in der Grundschule, wo eines von zwanzig Kindern Nachhilfe bekommt, zeigt sich aber stark in Gymnasialzeiten. Dort genügt es oft nicht, wenn ein klu-

ger Elternteil den Nachwuchs beim Lernen unterstützt, sondern es nimmt fast jeder fünfte Schüler Nachhilfeunterricht. Und das nicht unbedingt, weil der Gymnasiast größere Wissenslücken schließen und die Versetzung in die nächste Klasse sicherstellen will, sondern um die bestmöglichen Noten zu erlangen und damit die Grundlage für einen erfolgreichen Bildungsweg zu schaffen. Denn mehr als jeder dritte Nachhilfeschüler nimmt selbst trotz befriedigender bis sehr guter Noten eine Lernförderung in Anspruch. Vor allem Eltern, die selbst gut gebildet sind und deren monatliches Haushaltseinkommen bei mehr als 3000 Euro liegt, schicken ihre Kinder häufiger zur Nachhilfe. Kinder, deren Eltern weniger verdienen, gehen seltener dorthin. Solche zusätzliche Förderung müssen sich Familien eben leisten können.

Wie sehr Bildung eine Investitionsentscheidung ist und zunächst hohe Kosten verursacht, ist offenbar vielen Familien nicht in vollem Umfang bewusst. Dies legt jedenfalls die Umfrage nahe, die Union Investment vorgenommen hat. Als vorrangige Sparziele geben die Deutschen „Notgroschen“ (67 Prozent), „Altersvorsorge“ (51 Prozent) und „größere Anschaffungen“ (42 Prozent) an. Das zielgerichtete Sparen für die Ausbildung der Kinder oder Enkelkinder folgt mit 29 Prozent erst unter ferner liefen.

Dabei kommt eine Menge Geld zusammen, wenn man den Nachwuchs bei der höheren Bildung unterstützen will. So müssen Eltern je Kind im Schnitt rund 30 000 Euro fürs Studium aufbringen. Das heißt, für Eltern mit zwei oder mehr Kindern, deren Uni-Aufenthalte sich womöglich über einen gewissen Zeitraum überschneiden, fallen stattliche Beträge an. Weil die Studienzeit der teuerste Zeitraum ist, den Eltern für ihre Kinder zu bezahlen haben, ist eine frühzeitige Vorsorge unbedingt ratsam.

Ganz konservativ geht das über Sparpläne, bei denen Eltern möglichst schon kurz nach Geburt eines Kindes bis zur Volljährigkeit monatlich einen Betrag fest anlegen, beispielsweise 50 Euro. Hohe Renditen sind hierbei zumal in Niedrigzinszeiten aber nicht zu erwarten, mehr verspricht ein Aktienfondssparplan. Es empfiehlt sich ein ETF (Indexfonds), der die Wertentwicklung eines Aktienindex wie des Dax eins zu eins abbildet. Das heißt, steigt beispielsweise der Dax um drei Prozent, steigt der Wert des ETF gleichfalls um drei Prozent. Solche Indexfonds sind günstiger als klassische Fonds und bringen ähnliche Renditen. Hätten Eltern bei der Geburt eines Kindes in einen ETF auf den MSCI World investiert, hätten sie in den

18 Jahren bis zur Volljährigkeit des Nachwuchses eine jährliche Rendite von stattlichen neun Prozent erhalten. Zwar besteht das Risiko, dass die Aktienkurse ausgerechnet dann fallen, wenn das Geld fürs Studium dringlich benötigt wird. Da aber über einen längeren Zeitraum investiert wird, sollten sich Aktien in jedem Falle mehr lohnen als konservative Geldanlagen.

Eine Vorsorge fürs Studium ist nicht zuletzt deshalb geboten, damit die angehenden Akademiker sich so gut wie möglich auf ihre Vorlesungen und Seminare konzentrieren und schnell zum Abschluss kommen können. Während des Studiums jobben sollte nämlich nur, wer darauf wirklich angewiesen ist. Denn wer früher seinen Abschluss macht als der gewöhnliche Student, der im

Schnitt sechs Jahre braucht, darf für jedes eingesparte Universitätsjahr später mit einem um 17 000 Euro höheren Lebensinkommen rechnen. So viel Geld ist mit einem Job während des Studiums, sei es in der Kneipe oder nebenbei in der Fabrik, nicht zu verdienen. Laut Wößmann lassen solche Berechnungen nur einen Schluss zu: „Im Zweifelsfall während des Studiums aufs Arbeiten verzichten!“

Auch Praktika, die neben der Universitätsausbildung absolviert werden, sind nicht grundsätzlich von Vorteil. Denn anders als ein Auslandsaufenthalt, der von Akademikern beim Einstieg in das Berufsleben mindestens erwünscht, wenn nicht gar vorausgesetzt wird, erhöht nicht jedes Praktikum die Erfolgchancen auf dem Arbeitsmarkt. Praktika wirken sich nur dann positiv aus, wenn sie in engem Zusammenhang mit dem ausgewählten Beruf stehen. In den Semesterferien für einige Wochen in einer Werbeagentur zu hospitieren mag zwar eine aufregende Erfahrung sein für eine Jurastudentin oder einen Maschinenbauer. Es ist aber eher vergebene Mühe, was die Karrierechancen und das künftig zu erwartende Einkommen betrifft.

Bei dem hohen Lebensinkommen von Akademikern, die im Schnitt mit 27 Jahren ins Berufsleben einsteigen, muss man sich aber über eines im Klaren sein: Es handelt sich hierbei nur um Durchschnittswerte. Das heißt, nicht jedes Studium lohnt sich in gleichem Maße. So gilt es, vor jeder Auswahl des Studienfachs zu berücksichtigen, ob persönliche Neigung oder ökonomisches Interesse im Vordergrund stehen. Glücklicherweise trifft der Student, bei dem beides zusammentrifft.

Am vielversprechendsten ist es jedenfalls, Medizin zu studieren. Denn ein männlicher Mediziner verdient in seinem Leben durchschnittlich 1,6 Millionen Euro netto und damit 600 000 Euro mehr als ein Informatiker und doppelt so viel wie ein Politikwissenschaftler. Auch ein Jurastudium oder ein Abschluss in den Wirtschaftswissenschaften versprechen hohe Lebensinkünfte, wiewohl mit einigem Abstand zu den Ärzten.

Am ärmsten dran sind Künstler und Kunsthistoriker sowie studierte Sozialarbeiter, die in ihrem ganzen Leben nur wenige zehntausend Euro mehr verdienen als jemand mit einer speziellen Berufsausbildung. „Wenn viele Leute Kunstgeschichte studieren, wird es unserem Arbeitsmarkt nicht viel bringen. Dann wäre es besser gewesen, sie hätten eine Lehre gemacht“, sagt Wößmann.

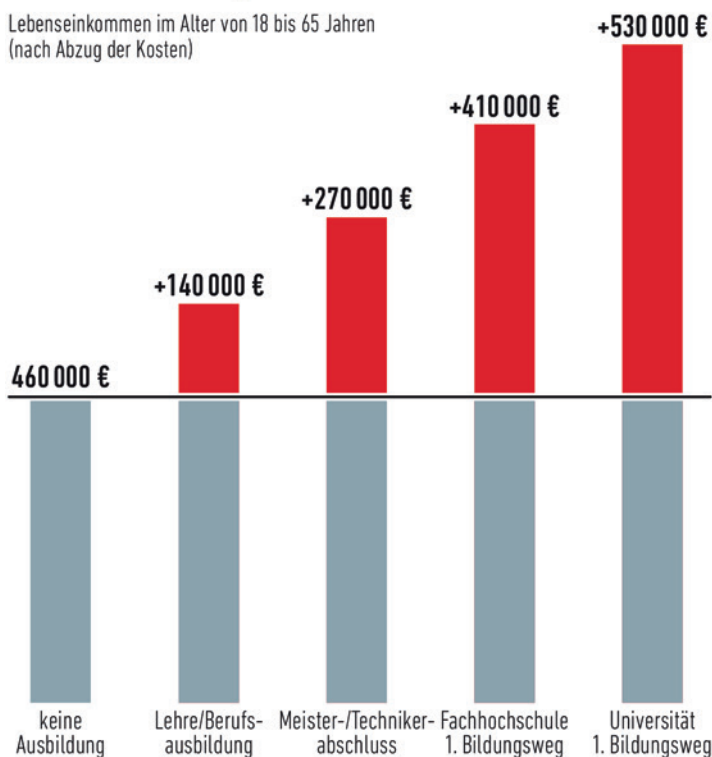
Überraschend mag erscheinen, dass in den vier Fachrichtungen mit dem geringsten Lebensinkommen die Frauen vor den Männern liegen: Hat eine Studentin einen Abschluss in Sozialwissenschaft, Linguistik, Kunst oder Sozialarbeit, verdient sie im Schnitt mehr als ein Mann, der im Uni-Hörsaal früher neben ihr saß. Dass ansonsten die männlichen Akademiker durchweg ein deutlich höheres Lebensinkommen erreichen als Frauen, liegt nur zum Teil an den Lohnunterschieden zwischen den Geschlechtern. Zu Buche schlägt vor allem, dass Frauen nach Schwangerschaften eine Zeitlang aussetzen und auch eher geneigt sind, Teilzeit zu arbeiten. In beiden Fällen verzichten sie während eines Teils ihres Erwerbslebens auf Einkommen.

So eindeutig sich zeigt, dass Akademiker im Durchschnitt stets mehr verdienen als Personen ohne Uni-Abschluss: Ausgeschlossen ist es in Einzelfällen nicht, dass jemand mit einem niedrigeren Bildungsniveau mehr verdient als einer mit einem höheren Abschluss in einer anderen Gegend Deutschlands. Solche Unterschiede von Bildungsgrad und Region fallen mitunter gewaltig aus. So verdient ein Meister oder Techniker aus der Gegend von Frankfurt durchschnittlich im Leben 870 000 Euro und damit rund 100 000 Euro mehr als ein Akademiker in den meisten ostdeutschen Städten und Regionen. Ebenso kann es sein, dass ein Handwerksmeister aus Schwaben, dessen Betrieb floriert, deutlich mehr verdient als ein Politikwissenschaftler in München.

Schließlich dürften die fortschreitende Digitalisierung und andere nachhaltigen Veränderungen in der Arbeitswelt auch viele Akademikerberufe gefährden. Aber das gilt mindestens in gleichem Maße für Beschäftigte anderer Berufszweige, die von dem Strukturwandel betroffen sind. Außerdem: Trotz aller Klagen über einen Mangel an Handwerkern und anderen Fachkräften schießen die Einkommen in diesen Berufsgruppen nicht in die Höhe.

### Je besser die Ausbildung, desto höher das Einkommen

Lebenseinkommen im Alter von 18 bis 65 Jahren  
(nach Abzug der Kosten)



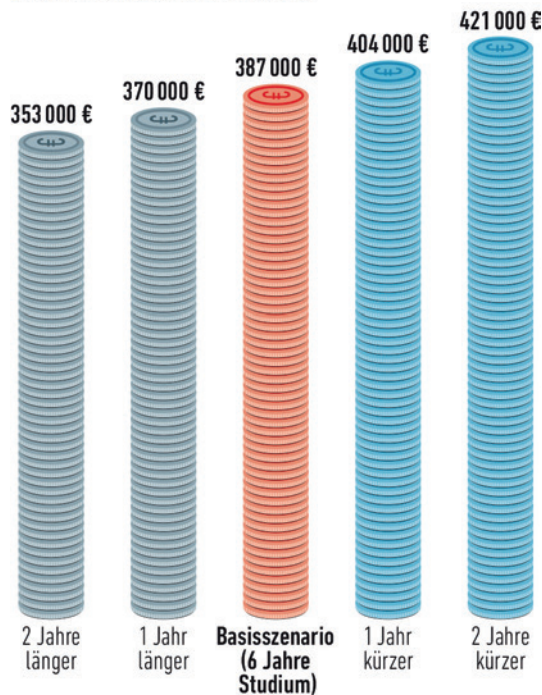
FA.Z.-Grafik: Piron

Dass die Akademiker jedoch grundsätzlich das meiste Geld zur Verfügung haben, gilt auch über das aktive Berufsleben hinaus. Unter den 66 bis 75 Jahre alten Männern beispielsweise erhalten Absolventen einer Fachhochschule 56 Prozent mehr Geld als ihre Geschlechtsgenossen mit einer abgeschlossenen Lehre. Uni-Absolventen verfügen sogar über ein Plus von 91 Prozent. Was nur einen Schluss zulässt: Bildung sorgt für ein reiches Leben bis zuletzt.

Bleibt allerdings eine Frage, die sich allen kommenden Studienanfängern und deren Eltern stellt: nämlich die Frage, ob sich die Entwicklung der vergangenen vierzig Jahre so einfach fortschreiben lässt. Also ob sich hohe Bildung auch weiterhin lohnt und das Lebenseinkommen von Akademikern auch künftig deutlich höher liegt als jenes von Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. Könnte ja sein, dass es in Zukunft womöglich heißt: Akademiker werden ist schon schwer, Akademiker sein umso sehr.

### Schnell studieren lohnt sich

Je kürzer das Uni-Studium, desto höher ist später der Einkommensunterschied zu Fachkräften



FA.Z.-Grafik: Piron

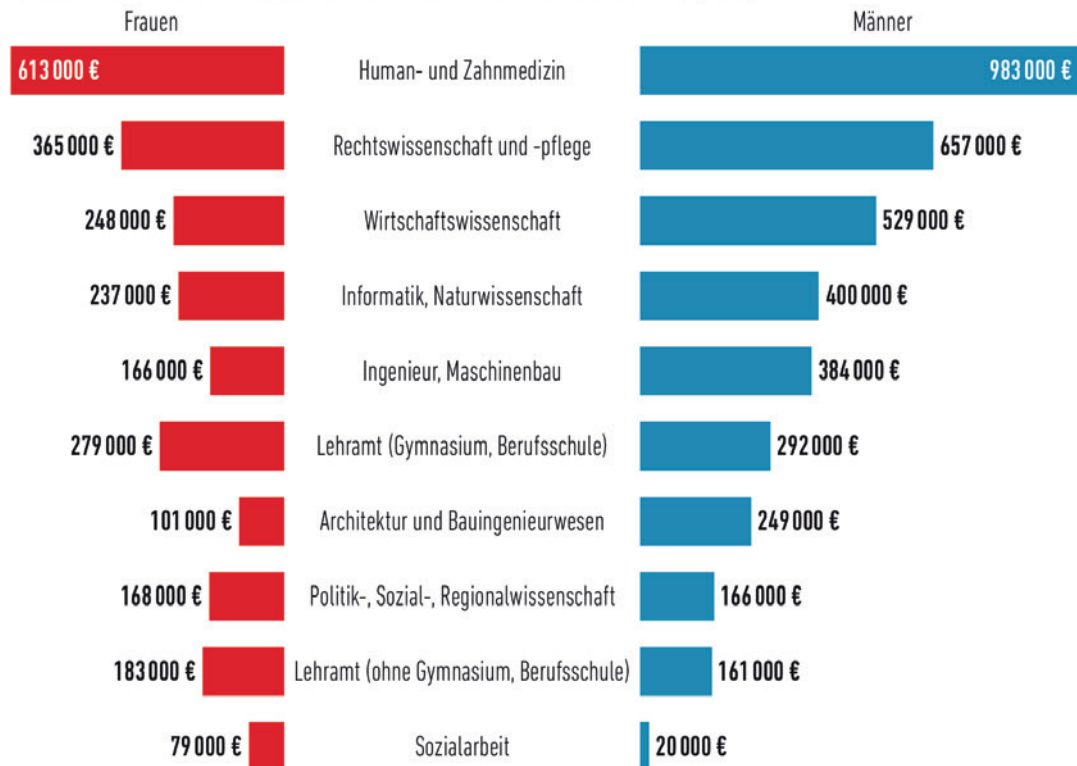
Manche Bildungsforscher gehen sogar davon aus, dass sich die Aussichten für Beschäftigte mit berufsspezifischer Ausrichtung langfristig verdüstern. Allgemeinbildende Abschlüsse, so meint auch Wößmann, seien allemal verheißungsvoller.

Zumindest für die nahe Zukunft zeigt sich der Ifo-Ökonom zuversichtlich. Denn so sehr das Angebot an Höherqualifizierten in der Vergangenheit angestiegen sei: Die Nachfrage war fast immer größer. „Für die nächsten zehn, zwanzig Jahre sehe ich keinen großen Umbruch“, sagt der Ifo-Ökonom. Zumal Akademiker oft nicht nur schlauer sind, sondern auch smarter und flexibler. Sie bringen also das Rüstzeug mit, sich erfolgreich an eine sich verändernde Arbeitswelt anzupassen.

Diejenigen, die gleichwohl einem angeblichen Akademisierungswahn das Wort reden, machen den Bildungshungrigen ein angestrebtes Studium auch noch auf andere Weise madig. Industriepolitiker und Handwerksfunktionäre behaupten nämlich: Wenn noch mehr Akademiker auf den Arbeitsmarkt strömten, müsste ein Teil von ihnen wohl oder übel Tätigkeiten verrichten, die nicht ihrer hohen Qualifikation entsprechen und demnach schlechter bezahlt sind.

## Ärzte und Juristen haben den größten Gehaltvorsprung

Durchschnittliche Differenz im Lebenseinkommen zwischen Akademikern und Fachkräften (Lehre)



F.A.Z.-Grafik: Piron

Amerikanische Wissenssoziologen behaupten, dass sich eine solche Entwicklung in den Vereinigten Staaten schon jetzt vollziehe. Weil in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten auf fünf hochqualifizierte Personen nur drei angemessene Stellen gekommen seien, müssten die verbliebenen zwei Akademiker Berufe ergreifen, die weniger anspruchsvoll und schlechter bezahlt sind. Und selbst diejenigen, die eine ihrer Bildung adäquate Stelle haben, müssen sich mitunter mit allerlei Alltagskram abplagen; beispielsweise Professoren, denen die Sekretärin gestrichen wurde und die deswegen gezwungen sind, jeglichen Schriftverkehr nun selbst in den Computer zu tippen. Wenn aber immer mehr Akademiker solche Hilfstätigkeiten üblicherweise erledigen müssten, wäre es nur eine Frage der Zeit, bis deren hohes Einkommen in Frage gestellt wird.

Wie die schöne neue Welt der künftigen Akademiker aussehen wird, ist längst nicht ausgemacht. Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind erst in zwei, drei Jahrzehnten absehbar. Also dann, wenn die vielen Abiturienten und Studenten von heute schon einige Berufsjahre hinter sich haben werden. „Selbst wenn es zu Anpassungen kommt, würde die Entwicklung nicht auf den Kopf gestellt werden“, prophezeit Wößmann. Mit anderen Worten: Bis auf weiteres dürfen Akademiker davon ausgehen, mehr zu verdienen als alle anderen.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)

# Warum arme Kinder arm bleiben

Sozial schwachen Schülern gelingt der Aufstieg in Deutschland nur selten. Das liegt vor allem an den Problemvierteln und ihren Schulen.

VON PATRICK BERNAU

Arme Kinder bleiben arm, reiche Kinder werden auch als Erwachsene reich sein - es ist ein Vorwurf, der dem deutschen Bildungssystem immer wieder gemacht wird. Im ersten Moment ist das bemerkenswert. Denn Deutschlands Elite wirkt im frühen 21. Jahrhundert recht durchlässig. Viele Topmanager und Spitzenpolitiker stammen aus kleinen Verhältnissen oder aus der Mittelschicht. Angela Merkels Vater war Pfarrer, Gerhard Schröders ist im Krieg gestorben, die Familie hatte wenig. Siemens-Chef Joe Kaeser stammt aus der Familie eines Fabrikarbeiters im Bayerischen Wald, die Familie von Bayer-Vorstand Werner Baumann hatte eine Bäckerei in einer Krefelder Seitenstraße - gerade groß genug, um die Familie zu ernähren, wenn alle mitmachten. Es ist die Generation der Baby-Boomer, die jetzt viele Schaltstellen in Politik und Wirtschaft besetzt: Geboren oft in den 60er Jahren, profitierte sie von der großen Bildungsexpansion der 70er. Viele Deutsche erreichten damals einen höheren Schulabschluss als ihre Eltern.

Für die Kinder von heute ist das nicht mehr so leicht, denn viele Eltern haben selbst schon einen ganz guten Schul- oder gar Hochschulabschluss. Für die anderen ist der Aufstieg tatsächlich oft schwierig. Natürlich weiß noch niemand, aus welchem Jugendlichen von heute später mal der Chef eines Großkonzerns wird. Doch eines kann man schon sagen: Welche Schule die Kinder besuchen, hängt in kaum einem Land so sehr von den Eltern ab wie in Deutschland.

Jetzt hat die Industrieländer-Organisation OECD mit einer neuen Studie wieder einmal gezeigt, dass Deutschlands Bildungssystem Schüler aus sozial schwachen Elternhäusern nicht gut fördert. Die Lage ist in den vergangenen Jahren etwas besser ge-

worden, doch das Fazit bleibt düster. 76 Prozent der Kinder von Akademikern schließen selbst ein Studium ab. Wenn die Eltern keinen Schulabschluss haben, schaffen das nur zehn Prozent der Kinder. So wenig Aufstieg gibt es nur in wenigen anderen Ländern.

Eltern ohne Schulabschluss verdienen häufig weniger als Akademiker. Deshalb heißt es oft, arme Kinder hätten es schwer. Dabei geht es bei genauerem Hinsehen praktisch gar nicht ums Geld. Forderungen nach höheren Hartz-IV-Sätzen zielen am Kern des Problems weit vorbei. Wer die Daten genau anguckt, der merkt: Viel wichtiger als Einkommen und Vermögen im Elternhaushalt ist, wie die Eltern sich verhalten. Ob die Mutter in der Schwangerschaft geraucht hat. Ob die Eltern selbst Bildung haben und wertschätzen. Ob im Haus vorgelesen wird, ob das Kind mit einem Pausenbrot in die Schule geht und ob die Eltern auf die Hausaufgaben achten. Vor allem aber: Welche Bildungsziele die Eltern für ihre Kinder haben. Wenn Kinder in diesen Belangen Pech mit ihren Eltern haben, helfen ihnen die deutschen Schulen kaum weiter.

Die aktuelle Forschung in Genetik und Neurowissenschaften geht davon aus, dass Intelligenz in viel höherem Maß erblich ist, als man früher gedacht hat. Trotzdem leisten die Bildungssysteme anderer Länder ganz offensichtlich mehr. Und wenn Kinder aus sozial schwachen Haushalten zurückbleiben, dann ist das nicht nur ein Drama für die betroffenen Kinder, dann leidet der Wohlstand des ganzen Landes. Auch bei den Lesern der F.A.S. steht Deutschlands Bildungssystem unter heftiger Kritik, wie die Leseraktion „Deutschlands Probleme“ gezeigt hat. Auf unserer Aktionsseite ([faz.net/deutschlandsprobleme](http://faz.net/deutschlandsprobleme)) taucht die Bildung immer wieder als Mangelpunkt auf. „Wir brauchen ein Schulsystem, das jeden da abholt, wo er steht“, schreibt ein Leser. Ein anderer bemängelt: „Der Schulunterricht orientiert sich an den schwächsten Schülern in der Klasse, um die besten Schüler kümmert sich keiner.“

Die meisten Eltern aus der Mittelschicht müssen sich indes keine Gedanken um die Schulbildung ihrer Kinder machen. Natürlich kann Bildung immer besser sein, als sie es ist. Aber wer

zugunsten seiner Kinder auswandern will, der wird damit wenig erreichen. Kinder aus gutem Haus zeigten in Deutschland ebenso gute Schulleistungen wie vergleichbare Kinder in Finnland, Estland oder Japan, sagt Andreas Schleicher, der OECD-Bildungsexperte, der für die Pisa-Studien und für den jüngsten Vergleich zuständig ist. Diese drei Länder gehören zu den stärksten im internationalen Vergleich.

Welche Schüler im deutschen Bildungssystem Schwierigkeiten haben, das lässt sich relativ klar eingrenzen: Es sind meistens die Kinder von eingewanderten Eltern. Und zwar nicht die Kinder von eingewanderten Hochschulabsolventen. Die sind an der Schule mindestens so stark wie die von deutschen Hochschulabsolventen. Problematisch wird es dagegen oft dann, wenn die eingewanderten Eltern eine schlechte Schulbildung haben. Aus diesen Familien schaffen nur sieben Prozent der Kinder einen Bachelor- oder Master-Abschluss, fast die Hälfte erreicht nicht einmal einen Schulabschluss. Der Anteil ist vier Mal so hoch wie unter Kindern, deren Eltern beide in Deutschland geboren worden sind.

### In Frankfurt verdienen Akademiker am meisten

Durchschnittliches Lebenseinkommen



F.A.Z.-Grafik: Walter

Wie der Aufstieg gelingen kann, das weiß Grünen-Politiker Cem Özdemir. Er ist selbst Kind von Einwanderern, sein Vater hat keinen Schulabschluss gemacht. Vor einigen Jahren erinnerte er sich im F.A.S.-Interview an seine Schulzeit auf der Schwäbischen Alb: „Ich hatte einen Mitschüler, dessen Oma uns immer zum Wandern mitnahm. Das hat mir gutgetan, dass ich meine Zeit anders verbringen konnte als vor dem Fernseher oder auf der Straße. Wenn ich dann bei dieser Familie zu Hause war und die Mutter nach den Hausaufgaben geschaut hat - dann tat sie das eben auch bei mir.“

Doch solche Begegnungen kommen im Deutschland des 21. Jahrhunderts seltener vor als in Özdemirs Jugend. Die Familien

sind weiter voneinander getrennt, vor allem in den großen Städten, in die gerade viele Leute ziehen wollen: Die gebildete, wohlhabende akademische Mittelschicht wohnt zum Beispiel in Berlin-Prenzlauer Berg, in München-Schwabing oder im Frankfurter Nordend. Hohe Ausländeranteile und sozial schwache Familien dagegen gibt es im Wedding, in Hasenberg oder am Frankfurter Berg. „Die Unterschiede in Deutschland kommen durch die Problemviertel zustande“, sagt Bildungsökonom Ludger Wößmann vom Münchener Ifo-Institut. Er hat nachgezählt, was sowieso viele vermuten: Wenn aus dem Ausland zugezogene Familien viele Menschen aus ihrem Herkunftsland in der Nähe haben, dann sprechen die Kinder schlechter Deutsch und brechen eher die Schule ab. „Ghettoisierung behindert die Integration von Migrantenkindern“ - das ist Wößmanns Fazit.

### Die Herkunft entscheidet

So hoch ist der Anteil von Kindern mit Hochschulabschluss, wenn die Eltern keinen Schulabschluss haben



wenn die Eltern einen Schulabschluss haben



wenn die Eltern einen Hochschulabschluss haben



Quelle: OECD/F.A.Z.-Grafik Walter

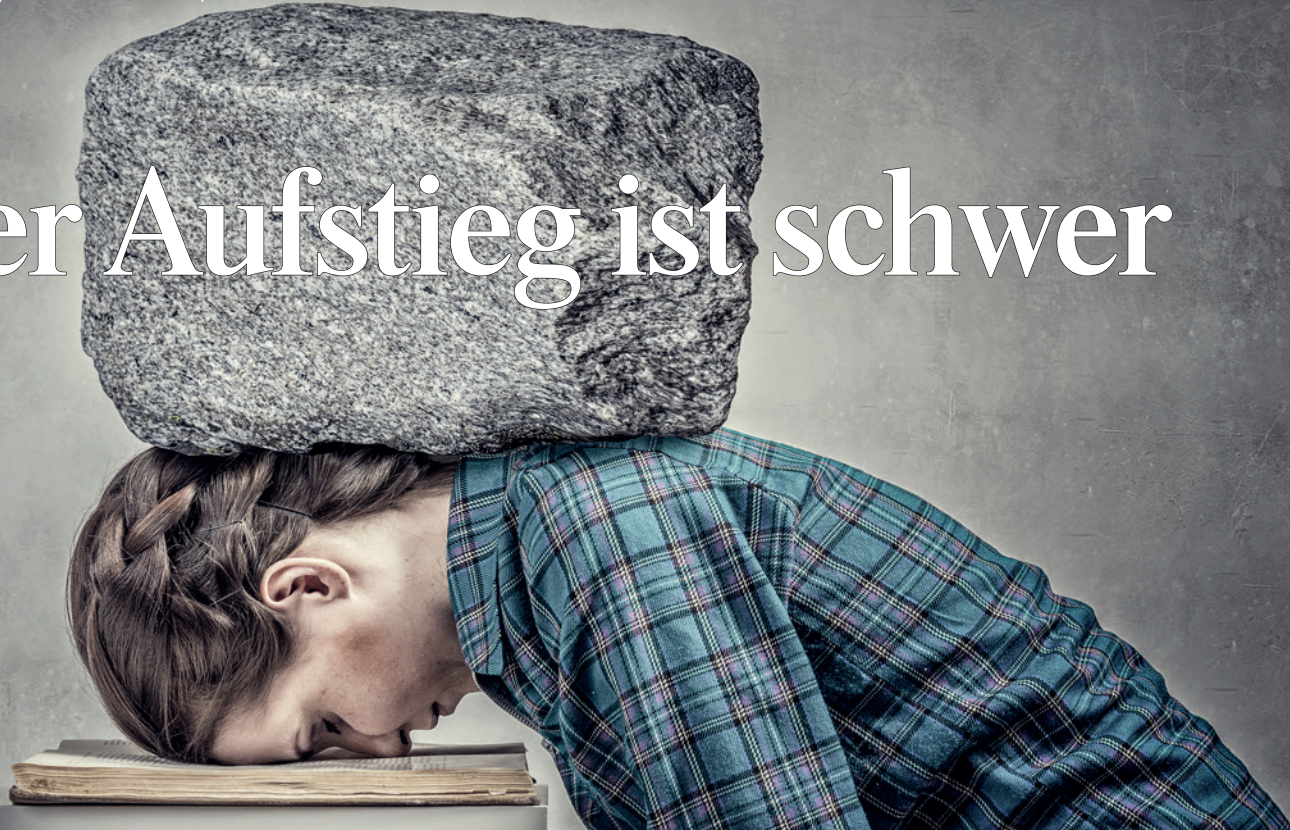
Den Schulen fällt es schwer, da noch gegenzusteuern. Vor einigen Jahren wurde die Berliner Rütli-Schule zum Symbol für schwache Schulen, weil das Lehrerkollegium sich angesichts der Zustände öffentlich beschwerte und sogar die Schließung der Schule forderte. Heute gibt es Problemschulen in Deutschland immer noch viel zu oft. Die OECD jedenfalls hat vergangene Woche vorgerechnet: Ein Schüler aus einem sozial schwachen Elternhaus erreicht im Pisa-Test 99 Punkte mehr, wenn er eine Schule mit mittelmäßigem Sozialprofil besucht, als auf einer Schule mit schlechtem Sozialprofil. 99 Punkte, das ist der Fortschritt von vier Schuljahren. In kaum einem Land Europas sind die Unterschiede stärker ausgeprägt. Nur in Frankreich mit seinen berüchtigten Vorstädten vor allem rund um Paris ist der Unterschied zwischen guten und schlechten Schulen noch größer. Selbst in den Vereinigten Staaten sind die Schulen nicht so unterschiedlich, dass sie einen größeren Einfluss auf die Leistungen der Kinder hätten, als das in Deutschland der Fall ist.

Was also kann man tun? Bildungsökonom Ludger Wößmann denkt darüber nach, Asylbewerbern ihren Wohnort häufiger zuschreiben, damit sich keine Ghettos bilden. Eine Alternative sei, Schüler zwischen den Stadtvierteln zu tauschen, so dass Kinder aus armen Familien auf gute Schulen kommen und Kinder aus reichen Familien auf andere - doch ob sich die Eltern darauf einlassen, ist fraglich. Denn die Ergebnisse der OECD deuten auch deutlich darauf hin, dass das die Leistungen der wohlhabenden Kinder beeinträchtigen könnte.

Manchmal allerdings reicht schon etwas Eigeninitiative, zum Beispiel an der Heidelberger Waldparkschule. Die liegt nicht im Heidelberger Neckartal, sondern oben auf dem Berg, nah an einem sozialen Brennpunkt, und sie sollte geschlossen werden. In ihrer Not dachten sich die Lehrer einige neue Maßnahmen aus: Sie nahmen zusätzliche Schulabschlüsse ins Programm, passten ihren Unterricht mehr auf die Bedürfnisse der einzelnen Schüler an und hospitierten in anderen Schulen, um sich von den erfolgreichen Arbeitsweisen der anderen etwas abzugucken. „Die Leute stellten sich vor, dass hier jeder rappt und nachts die Mülltonnen brennen“, sagt Schulleiter Thilo Engelhardt über die Zeit früher. Heute hat sich der Ruf der Waldparkschule so sehr verbessert, dass die Schülerzahl in fünf Jahren von 194 auf 454 gestiegen ist. Die sozialen Schichten vermischen sich jetzt ganz von selbst, auch Heidelberger Professoren schicken ihre Kinder hierher. So anstrengend das Programm für die Lehrer klingt, der Schulleiter berichtet, dass die Schule auch bei Lehrern beliebter geworden sei. „Die können sich aufs Unterrichten konzentrieren und sind nicht ständig mit Löwenbändigung beschäftigt.“

*© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)*

# Aller Aufstieg ist schwer



Einmal arm, immer arm? Eine neue Auswertung zeigt: Das ist mehr als nur ein Gefühl. Deutschland entpuppt sich als besonders starr.

VON BASTIAN BENRATH UND MAJA BRANKOVIC

Als Guglielmo Barone und Sauro Mocetti vor zwei Jahren die Ergebnisse ihrer Bevölkerungsstudie vorstellten, staunte Italien nicht schlecht. Die beiden Mitarbeiter der italienischen Zentralbank hatten damals die Steuerdaten aller Bürger aus Florenz aus dem Jahr 1427 mit jenen des Jahres 2011 verglichen und dabei bewusst auf die Familiennamen der Florentiner geschaut. Was sie in den Datenbergen fanden, schaffte es in die Schlagzeilen auf der ganzen Welt: Die fünf reichsten Familien im Jahr 2011 waren auch schon vor 600 Jahren die wohlhabendsten Menschen der Stadt. Die Bernardis waren damals schon sagenhaft reich und konnten ihren Wohlstand bis heute bewahren. Andere dagegen landeten damals wie heute auf den allerletzten Rängen. Wer etwa in die Familie Grasso hineingeboren wurde, den ereilte ein weniger glückliches Schicksal.

Eltern sind für ihre Kinder Fluch und Segen zugleich. Herkunft lässt sich nicht überspielen. In der Familie werden die Gene weitergegeben; in der Familie wird der soziale Status vererbt. Die Prägung durch die Familie war Freunden der Gerechtigkeit immer schon ein Ärgernis. Dass es schön wäre, einen Zustand der Chancengleichheit herzustellen, der jedermann die gleichen Startchancen garantiert, darüber sind sich Sozialisten wie Libe-

rale einig. Fachleute nennen diese von den Eltern unabhängige Chancengleichheit „soziale Mobilität“. In einer vollständig mobilen Gesellschaft würde es keinen Zusammenhang zwischen dem Einkommen und Bildungsgrad der Eltern und dem der Kinder geben. Das ist freilich eine Utopie. In allen Ländern der Erde wird der soziale Status der Eltern an die Kinder weitergegeben. Das gilt für Kinder aus den oberen wie den unteren Schichten. Die Frage ist nur, wie groß dieser Einfluss letztlich ist.

Gerade in Deutschland gibt man etwas darauf, dass es prinzipiell jeder zu etwas bringen kann. Politiker etwa verweisen gerne selbstzufrieden auf ihre Kleine-Leute-Biographien, Gerhard Schröder oder Frank-Walter Steinmeier sind prominente Beispiele. Auch viele Topmanager stammen aus einfachen Verhältnissen. Der Vater von Siemens-Chef Joe Kaeser etwa war Fabrikarbeiter im Bayerischen Wald.

Dass sie es trotzdem ganz nach oben geschafft haben, deuten manche als Zeichen, dass es jeder in diesem Land, ganz unabhängig vom sozialen Status der Eltern, aus eigener Anstrengung heraus weit bringen kann. Trotzdem hat sich in der Gesellschaft das Gefühl breitgemacht, dass die Jüngeren das Wohlstandsniveau ihrer Eltern kaum werden halten können. Die konnten sich scheinbar ohne große Verrenkungen ein Häuschen leisten, was für die Jungen im Jahr 2018 trotz Niedrigzins oftmals ein Wunschtraum ist. In der ganzen Bevölkerung macht sich Abstiegsangst breit, wie eine aktuelle Umfrage der Industriestaatenorganisation OECD zeigt: Gefragt nach den größten Risiken für die Zukunft ihrer Kinder, nennen 58 Prozent die Sorge, dass sie nicht das Niveau an Status und Komfort erreichen, das die Eltern hatten.



Diese Tendenz zeigte sich über alle Einkommensklassen hinweg - also selbst in der Oberschicht.

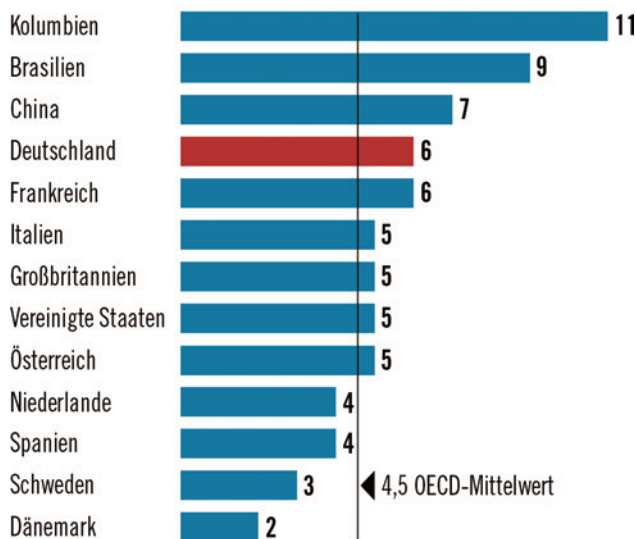
### Sechs Generationen dauert der soziale Aufstieg

Doch ist da auch etwas dran an dem Gefühl? Die Zahlen zeichnen ein düsteres Bild. Gerade im Vergleich zu anderen Ländern schneidet Deutschland in puncto soziale Mobilität ziemlich schlecht ab, lautet das Ergebnis einer internationalen Vergleichsstudie, die die OECD gerade vorgestellt hat. Im Durchschnitt dauert es demnach sechs Generationen, bis die Ärmsten der Bevölkerung in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind, rechnen die Forscher vor. Das heißt: Wer hierzulande arm ist, wird es lange bleiben.

Der Schlüssel zum sozialen Aufstieg, darüber sind sich Forscher und Politiker weitgehend einig, liegt in der Bildung. Natürlich ist ein Schulabschluss nur ein Aspekt unter vielen, die über die zukünftigen Einkommensverhältnisse einer Person entscheiden. Doch gilt in Deutschland wie anderswo: Menschen mit abgeschlossenem Studium haben es leichter, auf der sozialen Leiter aufzusteigen, als jene, die ohne jegliche Ausbildung dastehen. Die politischen Maßnahmen, mit denen die Aufstiegschancen von Arbeiter- und Migrantenkindern gefördert werden sollten,

### Der lange Weg in die Mitte der Gesellschaft

So viele Generationen benötigen die Nachkommen einer Familie aus den einkommenschwächsten zehn Prozent der Bevölkerung, bis sie das nationale Durchschnittseinkommen verdienen. (Auswahl)



F.A.Z.-Grafik: Walter

zielten in der Vergangenheit entsprechend vor allem auf den Schulabschluss ab. Kinder aus sozial schwächeren Familien bekamen etwa Gutscheine für Musikurse oder kostenlosen Nachhilfeunterricht, waren ihre Noten zu schlecht. Ganztagschulen wurden ausgebaut, auch in der Hoffnung, längere Betreuungszeiten könnten etwas gegen die Chancenungleichheit ausrichten.

Nur: Geholfen hat das alles bislang wenig. Die OECD-Studie ist da nur die aktuellste in einer ganzen Reihe von ernüchternden Auswertungen, die zu diesem Ergebnis kommen. Um herauszu-

finden, wie es um die Chancengleichheit in den Industriestaaten bestellt ist, verglichen die Forscher das Bildungsniveau der Eltern mit dem der Kinder - und fanden Verblüffendes heraus: Nicht nur hing in kaum einem anderen Land das Bildungsniveau der Kinder so sehr von dem der Eltern ab wie in Deutschland; innerhalb der letzten Generation ist das Bildungssystem sogar noch undurchlässiger geworden. Nicht einmal in Großbritannien oder den Vereinigten Staaten, deren Gesellschaften als besonders ungleich gelten, war das der Fall. Dass in Deutschland der Schulabschluss eine geringere Rolle für das spätere Einkommen spielt als in anderen Ländern, weil die berufliche Ausbildung anspruchsvoller ist und ein höheres Ansehen genießt, ist da nur ein schwacher Trost.

Besonders an den Hochschulen des Landes ist die soziale Undurchlässigkeit gut zu sehen. Kinder von Ärzten, Lehrern und Betriebswirten sind in der Überzahl. Der Nachwuchs von Facharbeitern oder Friseuren macht sich rar. Von hundert Akademikerkindern nehmen hierzulande 79 ein Studium auf, bei Kindern aus Nichtakademiker-Familien sind es gerade einmal 27. Ein Zustand, der sich Bildungsforschern zufolge seit Jahren hält.

Warum aber gehen Kinder von Nichtakademikern so selten an die Universität, während es die Kinder von Akademikern wie selbstverständlich in die Hörsäle zieht? „Daran, dass bildungsferne Schichten die Chancen eines höheren Abschlusses nicht kennen, liegt es nicht“, sagt Ludger Wößmann, Bildungsökonom am Münchener Ifo-Institut. Das gehe aus dem aktuellen Ifo-Bildungsbarometer hervor. Befragt nach dem Nutzen eines Hochschulabschlusses, wussten Nichtakademiker durchaus, wie sehr sich der Gang an die Uni für ihre Kinder bezahlt machen könnte. Nur hegten viele von ihnen trotzdem den Wunsch, dass der Nachwuchs lieber einen Weg gehe, der ihrem eigenen ähnlicher sei.

### Der Großteil der Vermögen stammt aus Erbschaften

„Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Nichtakademiker eher Angst davor haben könnten, ein höherer Bildungsabschluss könnte zu einer Entfremdung zwischen Eltern und Kind führen“, sagt Wößmann. Die Kinder könnten aus dem Heimatort wegziehen, vielleicht sogar nichts mehr mit dem Elternhaus anzufangen wissen. Für Akademiker gelte ein ähnliches Nachahmungsprinzip: Der Bildungsabschluss der Eltern gehöre zumindest kopiert. Der Ökonom hält die Beziehung zum Elternhaus für einen möglichen Grund, warum die Kluft sich so hartnäckig hält - aller politischen Bemühungen zum Trotz.

Heißt das, dass die Politik gegen die soziale Undurchlässigkeit nichts tun kann? Wößmann widerspricht. „Andere Länder führen doch vor, dass es auch besser geht.“

Die OECD leitet aus den Erkenntnissen aus diesen Ländern politische Empfehlungen für Deutschland ab, die der Ifo-Ökonom teilt. Unter anderem sollte der Staat allen Menschen den Zugang zu hochqualitativer frühkindlicher Bildung ermöglichen, das heißt, das Betreuungsangebot in Krippen, Kitas und Vorschulen nicht nur auszuweiten, wie es zuletzt in Deutschland der

Fall war, sondern auch zu verbessern. Auch das dreigliedrige Schulsystem hält der Bildungsfachmann für kontraproduktiv, da es Schüler schon in einem sehr jungen Alter - in den meisten Bundesländern nach der vierten Klasse - einem Bildungsweg zuweise. „Außer in Deutschland und Österreich gibt es das eigentlich nicht mehr“, sagt Wößmann.

So ändert sich die schulische Leistung nach einem Wechsel von einer „schlechten“ auf eine „gute“ Schule in Pisa-Punkten



F.A.Z.-Grafik: Walter

Eine vollkommen durchlässige Gesellschaft streben die Fachleute im Übrigen nicht an. Es könne sicher nicht das Ziel sein, dass Werdegänge nicht mehr vom Elternhaus abhängen, erklärt der Ifo-Fachmann. Denn dann müsste man den Nachwuchs den Eltern entziehen. „Doch die Freiheit der Kinder, zu entscheiden, was sie aus ihrem Leben machen wollen, muss, so gut es geht, gegeben sein.“ Zumal selbst wenn es ein junger Mensch aus armen Verhältnissen an die Universität schafft und er einen tollen Job ergattert: So vermögend wie ein Kind aus einer reichen Familie werden er und seine Nachfahren vermutlich nie werden. Zwei Drittel der größeren Vermögen in Deutschland stammen nämlich nach Angaben der Bundesregierung aus Erbschaften und Schenkungen. Was in Florenz bewiesen wurde, könnte in Hamburg oder München also ebenfalls gelten.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)

# Hauptbotsache schreiben

**Mit welcher Methode sollten Grundschüler lesen und schreiben lernen? Die aktuelle Debatte lässt nicht nur Eltern zweifeln. Sondern auch angehende Lehrer.**

VON EVA HEIDENFELDER

Marius Boberschmidt studiert im fünften Semester Grundschullehramt an der Bergischen Universität Wuppertal. Derzeit befasst er sich in seinem Bachelor-Studium vor allem mit der Frage, wie er Kindern in seinem späteren Berufsleben das Rechnen beibringt. Um die Frage, mit welchen Methoden Kinder das Lesen und Schreiben erlernen können, ging es bei ihm schon vor mehr als einem Jahr. Gerade erst ist aber genau diese Frage überraschend wieder ganz aktuell geworden. Seit knapp zwei Wochen diskutiert ganz Deutschland darüber.

Schuld daran ist Una Röhr-Sendlmeier, Professorin für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie an der Universität Bonn und studierte Linguistin. Mit ihrem Kollegen Tobias Kuhl und vielen studentischen Mitarbeitern hat sie eine aufsehenerregende Studie veröffentlicht. Dafür wurden gut 300 Kinder im Großraum Bonn zunächst nach ihrer Einschulung im Jahr 2013 auf ihre Vorkenntnisse im Lesen und Schreiben getestet. Danach seien fünfmal jeweils halbjährlich Diktate ausgewertet worden. Zusätzlich wurden auch die Orthografie-Kenntnisse von gut 2800 Kindern aus den Klassen zwei bis vier untersucht. Nach Auswertung der erhobenen Daten erwies sich die sogenannte Fibelmethode als die wirksamste, was die Einhaltung der Rechtschreibregeln betraf. Am Ende der vierten Klasse machten im Schnitt all jene Kinder, die nach alternativen Methoden unterrichtet wurden, deutlich mehr Rechtschreibfehler als die „Fibelkinder“. Nach Veröffentlichung der Studie kochte die Debatte über die richtige Art, zu unterrichten, derart hoch, dass etwa Brandenburgs Bildungsministerin Britta Ernst kürzlich ankündigte, dass das Lesenlernen nach der sogenannten „Lesen durch

Schreiben“-Methode ab dem Schuljahr 2019/20 an Schulen des Bundeslandes verboten wird. Dieser Ansatz, vielen auch bekannt unter den umgangssprachlichen Titeln „Schreiben nach Gehör“ oder „Schreib, wie du sprichst“, ist die derzeit gängigste Konkurrenzmethode zum Fibel-Lernen, schnitt aber in der aktuellen Studie aus Bonn ziemlich miserabel ab.

Verständlich, dass Lehramtsstudenten jetzt ziemlich verunsichert sind. „Wir hatten bislang leider nur eine Lehrveranstaltung, in der uns die gängigsten Methoden mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen vorgestellt wurden - allerdings nur theoretisch“, sagt Marius Boberschmidt. Er hofft, dass sich das in seinem Master-Studium ändern wird und die Dozenten dann auch Praxisübungen einbauen, damit seine Kommilitonen und er die unterschiedlichen Ansätze noch besser verinnerlichen und im Berufsleben gezielter anwenden können. „Ein erster Überblick ist ja sehr gut, aber es wäre schön, wenn ich noch an der Uni auch die Anwendung in der Praxis kennenlernen, nicht erst in der Schule.“ Der angehende Lehrer kann sich gut vorstellen, dass unterschiedliche Ansätze des Schriftspracherwerbs nicht nur viele Eltern, sondern auch etliche Kommilitonen überfordern. „Manche wünschen sich bestimmt eher eine klare Ansage, welche Methode am besten ist, und wollen dann vor allem diese anwenden. Man will ja für die Kinder nur das Beste, und gerade als Anfänger hat man Angst, etwas falsch zu machen.“

## Lieber einfach drauflosschreiben?

Denn die Theorie ist einigermaßen kompliziert: In Deutschland streiten Pädagogen, Linguisten und Entwicklungspsychologen schon seit Jahren darüber, welches die beste Methode zum Lesen- und Schreibenlernen ist, zumal es, bedingt durch den Bildungsföderalismus, auch keinen bundeseinheitlichen Standard gibt. Jedes Bundesland lehrt also, wie es will. Gleichzeitig birgt jeder der derzeit gängigen Ansätze, die auch Boberschmidt im Studium nähergebracht wurden, sowohl Chancen als auch Risiken. Der Klassiker unter den Lehrmethoden, der nach der aktuellen Studie eine Renaissance erlebt, ist der Fibelansatz. Hier werden schrittweise einzelne Buchstaben eingeführt, zunächst einmal all jene, die dem tatsächlichen Höreindruck entsprechen

wie etwa in „Opa“ oder „Oma“. Schwierigere, weil weniger oder nicht lautgetreue Wörter werden erst später vermittelt. Die korrekten Schreibweisen werden von Anfang an unterrichtet, falsche korrigiert.

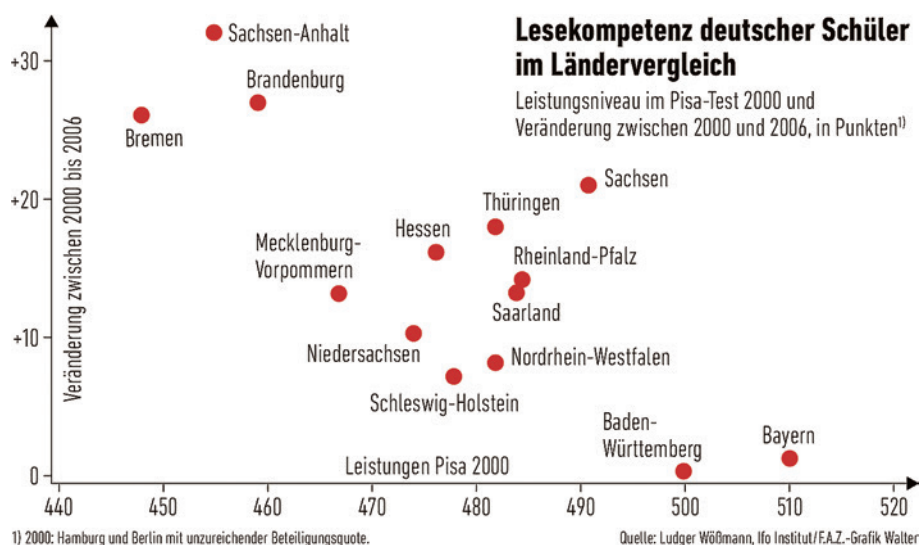
Diese Methode hat auch Student Boberschmidt schon während eines Schulpraktikums in einer ersten Klasse kennengelernt. „In meiner Praktikumsklasse wurden den Kindern zunächst alle Buchstaben einzeln vorgestellt. Das haben die Lehrer auch schön gemacht. Die Kinder haben den Buchstaben nicht nur abgemalt, sie konnten die Buchstaben an verschiedenen Stationen auch erleben, mal mit einer Schnur legen oder auch ertasten.“ Gleichzeitig erinnert er sich, dass manche Kinder schnell gelangweilt waren und ungeduldig wurden. „Die wollten einfach drauflosschreiben, gerne auch mal eine eigene Geschichte, einfach ihre Phantasie spielen lassen. Nicht erst mal monatelang einzelne Buchstaben malen.“

Boberschmidts Beobachtung ist genau jene, die manche dem Fibelansatz zum Vorwurf machen: Kinder, die in der Regel gerne das lernen wollen, was auch die Erwachsenen können, werden in ihrer Wissbegier und Begeisterung gebremst, sagen Kritiker. Zudem sei die Hemmschwelle, zu schreiben, größer, wenn Fehler sofort korrigiert würden, da die Motivation der Kinder untergraben werde.

ist nicht vorgesehen, die Kinder werden lediglich darauf hingewiesen, wenn sie einen Laut vergessen haben - Schreiben soll erst einmal Spaß machen. Dem Ansatz liegt die Annahme zugrunde, dass Kinder sich die Schriftsprache individuell, aktiv und in ihrem eigenen Tempo selbst erarbeiten können und dadurch auch sogenannte Rechtschreibstrategien entwickeln, die Regeln also nicht stumpf auswendig lernen.

Erst ab der dritten Klasse, wenn in der Regel Noten vergeben werden, werden den Schülern dann die Rechtschreibregeln erläutert und der Rotstift angesetzt.

In Nordrhein-Westfalen, wo Boberschmidt irgendwann Grundschullehrer werden wird, entscheidet meist die Schule selbst, nach welcher Methode den Kindern das Lesen und Schreiben beigebracht wird und welche Schulbücher und sonstigen Materialien dafür genutzt werden. Im Einführungskurs über die unterschiedlichen Methoden hat Boberschmidts Dozentin deshalb keine klare Empfehlung für einen der Ansätze ausgesprochen. Trotz aller Verunsicherung findet der Student, dass das auch gute Seiten hat: „Ich möchte mir eine gewisse Offenheit bewahren und mich nicht gedanklich auf eine Methode beschränken, denn ich bin bereits studierter Sozialpädagoge und weiß deshalb genau, dass Kinder ganz unterschiedlich lernen und es deshalb gut ist, auch unterschiedliche Ansätze in petto zu haben.“



Dass zu Beginn des Schriftspracherwerbs zunächst Fehler gemacht werden, liege auf der Hand, schließlich sind hier absolute Anfänger am Werk.

Viele, die so denken, favorisieren deshalb die Methode „Lesen durch Schreiben“ des Schweizer Reformpädagogen Jürgen Reichen. Gleich zu Beginn erhalten die Schüler bei diesem Ansatz eine Anlauttabelle. Darauf sind alle Buchstaben und Umlaute vermerkt, die durch einen Gegenstand illustriert werden, der mit dem jeweiligen Buchstaben beginnt, etwa ein Ofen für das O oder die Post für das P. Aber auch Sonderlaute wie ck, ch oder sch werden bildlich „vertont“. Kinder legen dann sofort mit dem Schreiben los, indem sie ein Wort in einzelne Laute zerlegen und sich dann in der Tabelle den in ihren Ohren passenden Buchstaben heraussuchen. Eine Korrektur möglicher Rechtschreibfehler

Gleichzeitig weiß er aus seinem Schulpraktikum, dass es im Berufsalltag oft unmöglich ist, jedes Kind individuell mit dem für ihn passenden Ansatz zu unterrichten. „Dann muss natürlich die Methode gewählt werden, mit der die Mehrheit der Kinder am besten klarkommt.“

Die freien Ansätze (neben „Schreiben nach Gehör“ gibt es auch noch die sogenannte Rechtschreibwerkstatt, die ebenfalls Anlaute nutzt, bei der sich die Kinder allerdings die Regeln nach bestimmten Materialien selbst erarbeiten) standen jedoch auch schon vor Röhr-Sendlmeiers aktueller Studie immer häufiger in der Kritik. Der Verdacht: Sie trügen zumindest eine Teilschuld an den immer schlechter werdenden Rechtschreibkenntnissen deutscher Schüler, vor denen viele Eltern- und Lehrerverbände warnen, die aber auch in wissenschaftlichen Studien, etwa vom

Siegener Germanistik-Professor Wolfgang Steinig, untermauert werden. Steinig hat die Orthografie in Schulaufsätzen von 1972, 2002 und 2012 verglichen und immer schlechter werdende Kenntnisse attestiert. Vor der aktuellen Arbeit von Röhr-Sendlmeier war jedoch in noch keiner größer angelegten Studie der Zusammenhang zwischen den Rechtschreibkenntnissen von Grundschulern und der bei ihnen angewandten Methode des Schreiberwerbs untersucht. Für die Psychologin liegt das gute Abschneiden der Fibel-Methode auf der Hand: „Nur ein kleiner Teil der Wörter im Deutschen ist lautgetreu, ein Ansatz nach Gehör somit klar im Nachteil.“ Zudem hält sie es für weniger motivierend, die Kinder erst schreiben zu lassen, wie sie es ihrem Gehör nach für richtig halten, „um ihnen dann plötzlich zu erklären, dass sie bislang viel falsch gemacht haben“.

### **Immer weniger Zeit zum Üben**

Andere plädieren trotz der neuen Forschungsergebnisse für einen Methodenmix - der an vielen Grundschulen ohnehin schon seit Jahren praktiziert wird. Ursula Lay etwa ist Grundschulrektorin und Landesvorsitzende der Katholischen Erziehergemeinschaft in Bayern, die dem Deutschen Lehrerverband angehört. Der bayerische Lehrplan sieht seit einigen Jahren den Schriftspracherwerb mit der Buchstaben-Anlauttabelle vor, was auf der von vielen so geschmähten Reichen-Methode fußt. Lay, die seit gut 40 Jahren Lehrerin ist, unterstützt das - wenn auch mit Einschränkungen. „Ich schätze an dem Ansatz sehr, dass er meiner Erfahrung nach den Kindern den Einstieg in den Schriftspracherwerb erleichtert. Die Hemmschwelle, zu schreiben, ist einfach niedriger.“

Ein Trugschluss sei es ihrer Ansicht nach jedoch, zu glauben, dass es den Schülern dabei schaden würde, sie zu korrigieren. „Es gibt Rechtschreibregeln, die für alle bindend sind, und das muss auch von Anfang an vermittelt werden.“ Denn auch sie beobachtet seit Jahren, dass die Orthografie-Kenntnisse der Schüler schlechter werden. In ihren Augen liegt dies jedoch eher daran, dass im Lehrplan immer weniger Zeit zum Üben vorgesehen ist.

Dass in punkto Rechtschreibung am alten Sprichwort „Übung macht den Meister“ etwas dran ist, bestätigt auch die Studie von Röhr-Sendlmeier. „Orthografie ist und bleibt Fleißarbeit“, sagt sie. Die Verwirrung angehender Lehrer angesichts der aktuellen Methodendiskussion kann sie trotzdem gut nachvollziehen: „Ich bekomme immer wieder Anfragen von Lehramtsstudierenden mit der Frage nach der besten Methode“, sagt sie.

Marius Boberschmidt hegt indes für die Zukunft eine Vision, die den Methodenstreit in seinen Augen schnell beenden könnte: Schulen, die personell so gut ausgestattet werden, dass Lehrer Kinder wesentlich individueller fördern, aber auch fordern können. „Dann könnte für jedes Kind der Ansatz gewählt werden, mit dem es das Lesen und Schreiben am besten lernt - und gleichzeitig umfassender korrigiert werden, um verstärkt ein Augenmerk auf die korrekte Orthografie zu legen.“

*© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)*



# Intelligenzschwemme oder Bedeutungsverlust?

Es gibt schon wieder mehr Einser-Abiturienten. Das bedeutet auch schlechtere Chancen für Real- und Hauptschüler.

VON HEIKE SCHMOLL

Im Jahr 2014 lag der Anteil der Einser-Abiturienten an der Bevölkerung im entsprechenden Alter bei 3,3 Prozent. Das waren fast doppelt so viele wie 2006, damals lag der Anteil der Einser-Abiturienten an der Gesamtbevölkerung noch bei 1,7 Prozent. Seit Jahren gibt es immer mehr Einser-Abiturienten; der Ökonom Wido Geis-Thöne vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln hat sie nun mit der Bildungsexpansion in der Bevölkerung in Beziehung gesetzt. 2017 hatten 53,3 Prozent der 20 bis 24 Jahre alten Deutschen eine Hochschul- oder Fachhochschulreife, bei den 40- bis 44-Jährigen waren es 39 Prozent und bei den 60- bis 64-Jährigen nur 26,1 Prozent.

Wie rasch die Bildungsexpansion voranschreitet und das Abitur oder die Fachhochschulreife zum Abschluss für mehr als die Hälfte der Bevölkerung wurde, zeigt der Vergleich mit dem Jahr 2006. Damals war der Anteil der 20- bis 24-Jährigen mit Abitur oder Fachhochschulreife noch um über 15 Prozent niedriger und lag bei 37,4 Prozent.

Geis-Thöne verweist im Gespräch mit dieser Zeitung darauf, dass es zwar einerseits positiv zu bewerten sei, wenn mehr Menschen höhere Bildungsabschlüsse erreichten, eine Entwertung anderer Schulformen und Abschlüsse aber vermieden werden müsse. Schon jetzt gibt es viele Ausbildungsgänge, für die früher ein Haupt- oder Realschulabschluss genügte und für die sich heute fast nur noch Abiturienten bewerben.

Hinzu kommt, dass die Leistungsanreize für die wirklich Leistungsstarken durch die Inflation der Bestnoten weggefallen sind. Wenn sich schon mit begrenztem Lernaufwand ein „sehr gut“ erreichen lässt, gibt es auch keine angemessene Note mehr für Spitzenleister, die außerhalb der Konkurrenz stehen. Dass im

Bundesdurchschnitt im Jahr 2017 mehr als doppelt so viele Abiturienten wie im Jahr 2006 den Abiturdurchschnitt 1,0 erreichten, spricht Bände. Der für das Jahr 2017 ermittelte Anteil der Einser-Abiturienten an der Bevölkerung im entsprechenden Alter liegt in Niedersachsen mit 1,9 Prozent weniger als halb so hoch wie in Brandenburg und Thüringen mit jeweils 5,3 Prozent. Niedersachsen ist im Westen eines der Länder mit einer restriktiven Notenvergabe. Schleswig-Holstein und Niedersachsen sind die Länder mit den wenigsten 1,0-Abiturienten. Ganz anders Berlin und Brandenburg sowie Thüringen, wo es eine sagenhafte Intelligenzschwemme gegeben haben muss. Jedenfalls wuchs dort der Anteil der Einser-Abiturienten (1,0 bis 1,4) von einem Prozent auf 4,7 Prozent (Berlin), von 1,8 auf 5,3 Prozent in Brandenburg und von 2,8 auf 5,3 Prozent in Thüringen.

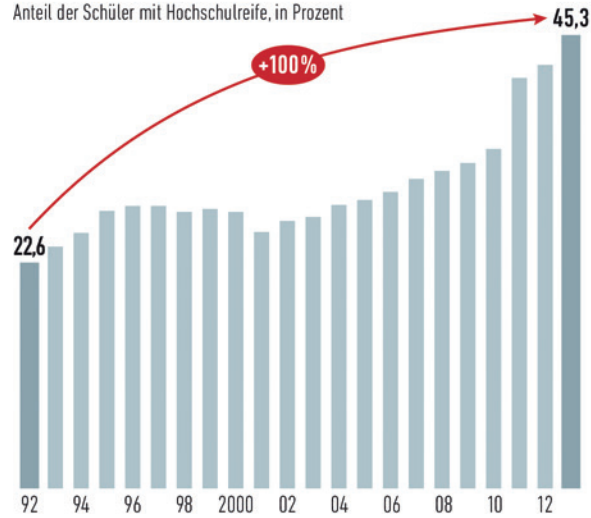
Wenn es sich wirklich um eine Leistungssteigerung handelte, müsste sich eine solche Entwicklung in Lernstandserhebungen und Pisa-Tests zeigen. Doch das Gegenteil ist der Fall: Die Gruppe der Spitzenschüler bei Pisa-Studien wird kontinuierlich kleiner. So war der Anteil der 15 Jahre alten Schüler, die das Höchsthiveau im Pisa-Test erreichten, in den Jahren 2006 bis 2015 in Mathematik von 4,5 Prozent auf 2,9 Prozent gesunken. Wahrscheinlicher für die Noteninflation ist ein Rückgang der Leistungsanforderungen. Das gilt nicht für alle Länder, führt aber zu Verwerfungen bei der Studienplatzvergabe in Numerus-Clausus-Fächern. Denn ganz offenkundig dokumentieren die Abiturnoten kein vergleichbares oder gar dasselbe Kompetenzniveau. „Dabei gibt es keine Hinweise darauf, dass sich die großen Länderunterschiede bei den Top-Abiturnoten tatsächlich mit entsprechenden Kompetenzunterschieden bei den Schülern rechtfertigen lassen“, heißt es in der Studie des IW. Die Bildungspolitik solle deshalb dafür sorgen, Abiturprüfungen bundesweit so zu vereinheitlichen, dass die einzelnen Abiturnoten dasselbe Leistungsniveau dokumentierten, ohne dass die Leistungsanforderungen weiter sinken.

Die Bundesdirektorenkonferenz mit über 3000 Direktoren von Gymnasien kritisierte die zu guten Abiturnoten und forderte, das Abitur dürfe nicht einfach eine „Lebensabschnittsbescheinigung“ sein, sondern müsse ein Qualitätsmerkmal bleiben. Lehrerver-

## Mehr Abitur, mehr Nachhilfe

### Immer mehr machen Abitur...

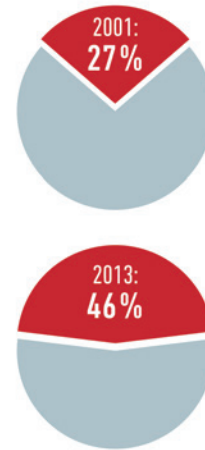
Anteil der Schüler mit Hochschulreife, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW / F.A.Z.-Grafik Piron

### ...und brauchen Hilfe

Anteil 17-Jähriger, die Nachhilfe hatten



bände wie der Deutsche Philologenverband haben zu Anfang dieses Jahres eine strengere Notengebung in der Oberstufe und dem Abitur gefordert. Er hält schon die Übergangsquote auf das Gymnasium für viel zu hoch.

Allein in den Jahren 2006 bis 2016 ist die Übergangsquote von 30 auf 41 Prozent gestiegen. Das hängt auch damit zusammen, dass der Zugang zum Gymnasium selbst in einem Land wie Sachsen nicht mehr geregelt wird, dass die bindende Grund-

schulempfehlung abgeschafft wurde und es keine orientierende Lernstandserhebung am Ende der Grundschulzeit gibt, von der die weitere Schullaufbahn abhängt.

Bildungsforscher verweisen darauf, dass eine Grundschulempfehlung in Kombination mit einem Leistungstest am sinnvollsten wäre. Das hieße jedoch den Elternwillen zu beschneiden, und davor schrecken die meisten Länder zurück.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)



# Der Schwächste fliegt

Die Zahl der Abiturienten steigt, trotzdem fallen mehr durch die Prüfungen. Woran das liegt? Einheitliche Aufgaben machen sie schwerer.

VON HEIKE SCHMOLL

In den vergangenen neun Jahren haben immer weniger Abiturienten die Abschlussprüfung bestanden, zugleich ist aber die Anzahl der Einser-Abiture gestiegen. Im Jahr 2017 lag die Durchfallerquote beim Abitur in den Bundesländern zwischen 2,1 und 7 Prozent. Im bundesweiten Schnitt haben 3,78 Prozent der Abiturienten nicht bestanden. Das geht aus einer Statistik der Abiturnoten im Ländervergleich der Kultusministerkonferenz hervor. Die Anzahl der Schüler, die das Abitur nicht bestanden haben, ist zwar gestiegen, wenn sie mit den Durchfallerquoten im Jahr 2009 (2,39 Prozent) in Beziehung gesetzt werden, vergleicht man sie hingegen mit früheren Jahren, hat sie abgenommen: Im Jahr 2006 bestanden 4,1 Prozent der Abiturienten nicht, und wird das Jahr 1990 als Vergleichspunkt herangezogen, waren es damals noch viel mehr Durchfaller.

Tatsächlich sei der kurzfristige Anstieg der Durchfallerquote im Jahr 2017 damit zu erklären, dass sich die Länder bei den zentralen Abiturprüfungen die Aufgaben in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch aus dem Pool des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) geholt hätten, die sich an den Standards fürs Abitur orientierten, sagte der Bildungsforscher und Direktor des Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften in Kiel (IPN), Olaf Köller, dieser Zeitung. Tatsächlich haben im Jahr 2017 schon 15 Länder die Mathematikaufgaben für das Abitur aus dem Aufgabenpool entnommen, in Französisch waren es 13. „Man könnte auch sagen, dass die zunehmende Vereinheitlichung der Abituraufgaben in den Kern-

fächern aufdeckt, dass wir doch größere Zahlen sehr schwacher Abiturienten haben“, sagte Köller. Das gilt insbesondere für die Abiturleistungen der Gesamtschüler. Die Entwicklung zeigt, dass zentrale Standards und Kriterien für die Abiturprüfung die Anforderungen erhöhen.

Thüringen (2,1 Prozent) hatte 2017 die geringste Durchfallerquote, Mecklenburg-Vorpommern die höchste (7 Prozent). Berlin liegt bei 6 Prozent (und lag schon 2009 bei 5,8 Prozent), Bremen bei 5,8 und Hamburg bei 5,2 Prozent. Niedersachsen, das im Abitur ohnehin strenger bewertet als manches andere Land und vergleichsweise wenige Einser-Abiture (nur 0,9 Prozent) verzeichnet, hat eine Durchfallerquote von 4,5 Prozent. In Bayern haben 3,5 Prozent nicht bestanden.

Und in Baden-Württemberg fielen 2017 an den privaten und öffentlichen allgemeinbildenden Gymnasien 2,1 Prozent durchs Abitur, 1990 waren es aber noch 2,6 Prozent. Deutlich verringert hat sich die Durchfallerquote dort erst vom Jahr 2004 an. Bei den öffentlichen und privaten beruflichen Gymnasien Baden-Württembergs lag die Zahl nach Angaben des Statistischen Landesamtes 2017 bei 4,7 Prozent, das sind deutlich mehr als im Jahr 1990 (2,9 Prozent). Die baden-württembergische Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) sagte dazu: „Nicht für jedes Kind ist das Gymnasium die geeignetste Schulart. Deshalb ist für mich zentral, dass wir Eltern und Schüler noch intensiver über die vielseitigen Bildungswege informieren und den Stellenwert der beruflichen Bildung als alternativen Weg zu Abitur und Hochschulstudium verbessern.“ In Hessen, das 2017 noch 3,6 Prozent Durchfaller verzeichnete, haben im vergangenen Jahr 4,1 Prozent der Abiturienten nicht bestanden. 2,1 Prozent haben einen Durchschnitt von 1,0 erreicht. In Thüringen waren es 2,6 Prozent. Bundesweit schafft jeder vierte Abiturient ein Einser-Abitur. Damit ist der Anteil der Einserabitur im Vergleich zu den Vorjahren noch einmal gestiegen.



Inzwischen braucht ein Abiturient nicht einmal mehr die Hälfte der Maximalpunktzahl in der Oberstufe, um das Abitur zu bestehen. Von 40 Kursen sind nur 32 im Abitur einzubringen. Die meisten Oberstufenschüler belegen deutlich mehr Kurse, damit sie sich außerhalb der Pflichtkurse auswählen können, welche Kurse sie nicht in die Abitur-Berechnung einbeziehen. Die Vorsitzende des Philologenverbands, Susanne Lin-Klitzing, hat deshalb gefordert, deutlich mehr Kurse einzubringen, weil damit klarer würde, ob Schüler in der Oberstufe kontinuierlich gearbeitet haben. Mathematik, Deutsch und eine fortgeführte Fremdsprache müssen im Abitur in allen Ländern verbindlich bestanden werden.

Insgesamt haben im Jahr 2017 rund 440 000 Schüler die Hochschul- oder Fachhochschulreife erworben. Das waren laut Statistischem Bundesamt drei Prozent weniger als im Vorjahr (minus 14 000). Die Anzahl der Studienberechtigten insgesamt ist also nicht wesentlich gestiegen. Im Jahr 2007 waren es auch schon 434000. Man wird also nicht behaupten können, dass die höhere Durchfallerquote mit einer gestiegenen Abiturientenzahl zusammenhängt.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)



# Sollen jetzt alle auf Privatschulen?

Immer mehr Kinder gehen auf Privatschulen, mittlerweile ist es jedes elfte. Und während es insgesamt immer weniger Schulen in Deutschland gibt, machen ständig neue Privatschulen auf: 5800 sind es inzwischen, zur Jahrtausendwende waren es erst 3200.

VON FLORENTINE FRITZEN

Passend zu den Angaben des Statistischen Bundesamtes kam diese Woche noch eine andere Zahl, diesmal von Forsa. Das Umfrageinstitut hat untersucht, welchen Institutionen die Deutschen vertrauen. Ergebnis: Die Schulen sackten gegenüber dem vorigen Jahr um zehn Prozentpunkte ab. Es liegt auf der Hand, dass das vor allem am schlechten Image der öffentlichen Schulen liegt.

Die Privatschulen füllen eine Lücke, die Nachfrage ist groß, das Angebot wächst. Das klingt harmlos, aber dahinter steht ein Problem. Denn Bildung ist Aufgabe des Staates. Die darf er nicht aus der Hand geben.

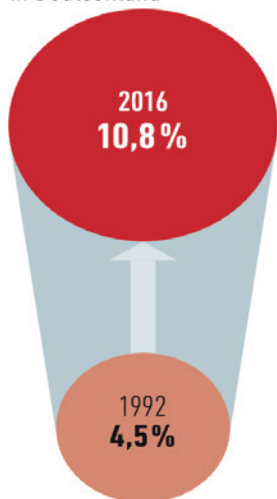
Es beginnt mit den Fassaden. Eltern, die sich für eine Schule entscheiden, stehen vor der Privatschule und sehen: frischer Putz mit Messing-Lettern über dem Eingang. Vor der öffentlichen: Siebziger-Jahre-Waschbeton und stumpf gewordenes Fensterglas. Das Kind betrachtet die Glasscherben auf dem Hof und wiederholt, was Charlotte aus der 4c gesagt hat: dass es hier nur Assis gibt, die Drogen nehmen.

Natürlich sagt das Urteil von Charlotte (oder eher: das ihrer Eltern) genauso wenig über das wahre Schulleben wie die Fassade. Wie gut der Unterricht ist, wie engagiert die Lehrer sind, ob die AG etwas taugt und wie das Mittagessen schmeckt, werden die Eltern erst dann wirklich erfahren, wenn das Kind die Schule besucht. Vorher sammeln sie aber so viele Indizien wie möglich. Und dabei schneiden Privatschulen oft besser ab. Manche Eltern melden ihre Kinder dann nach dem Prinzip der Risikominimierung an, nach dem Motto: Die Wahrscheinlichkeit, dass etwas schiefgeht, erscheint an der Privatschule geringer. Das Schulgeld wird im Extremfall nicht als Last, sondern als Preis für ein begehrtes Ticket verstanden - Eltern als Kunden, die sich Bildung und ein vermeintlich besseres Umfeld für ihre Kinder kaufen.

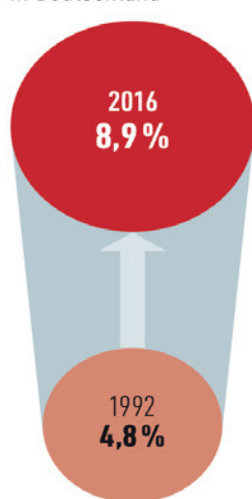
Das ist nicht der Sinn von Privatschulen. Das Grundgesetz erlaubt sie nur, wenn „eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird“. In der Praxis sieht das oft anders aus, auch ein Schulgeld von unter 200 Euro im Monat ist für ärmere Familien erheblich. Manche Schulen nehmen sogar vierstellige Summen, aber das ist die Ausnahme. Die meisten Privatschulen sind in kirchlicher Hand und verlangen moderate Beiträge. Doch auch da gibt oft nicht das Morgenbeten den Ausschlag für Familien, sich zu bewerben, sondern die Hoffnung auf besseren Unterricht - und eine bestimmte Klientel.

Den Eltern ist das nicht zu verübeln. Sie wollen das Beste für ihr Kind. Aber ohne ihre Entscheidungen gäbe es den Privatschul-Boom nicht. Deshalb sollte der Staat alles tun, um die ei-

**Anteil Privatschulen**  
in Deutschland



**Anteil Privatschüler**  
in Deutschland

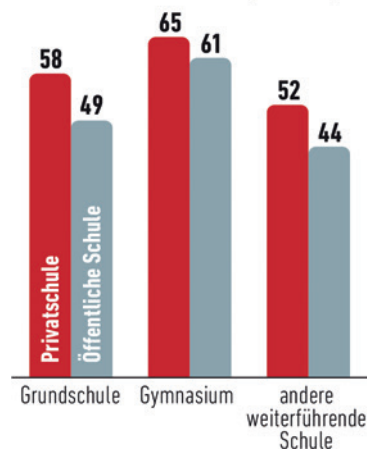


1) Isei-Index für den beruflichen Status der Familie (Werte zwischen 16 und 90 Punkte).  
Quellen: Statistisches Bundesamt; DIPF, Bundesbildungsbericht / F.A.Z.-Grafik Brocker

genen Schulen attraktiver zu machen. Er steuert das Schulwesen und hat die Aufsicht über die Privatschulen. Wenn er private Neugründungen genehmigt, muss gesichert sein, dass der Unterricht dort nicht schlechter ist als an öffentlichen Schulen.

### Die soziale Herkunft ist kaum anders als an öffentlichen Schulen

Je höher der Wert, desto höher der soziale Status der Eltern des Schülers (in Punkten)<sup>1)</sup>



F.A.Z.-Grafik: Brocker

Inzwischen ist es aber oft umgekehrt. Das muss ein Ansporn für staatliche Schulen sein, konkurrenzfähig zu bleiben. In erster Linie mit dem besten Unterricht. Aber auch ein ordentlicheres Erscheinungsbild würde helfen. Eltern sind zugleich gut beraten, wenn sie bei der Schulwahl gelassen bleiben - und sich danach für das Wesentliche interessieren: Was lernt das Kind? Fühlt es sich wohl? Da geht es um konkrete Inhalte, Lehrer, Mitschüler. Um das, was Schule ausmacht.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)

# Flucht in die Privatschule

Neue Lernmethoden, die schlecht in die Praxis umgesetzt werden, und überforderte Lehrer: Kaum etwas bewegt Eltern mehr als die Schulpolitik. Nicht wenige verabschieden sich aus dem staatlichen System. Eine gute Lösung?

VON LISA BECKER UND JAN GROSSARTH

In einem beliebten Stadtteil im Frankfurter Süden liegen zwei Grundschulen in großer Nähe zueinander. Die eine gilt als leistungsorientiert, sie liegt in dem Viertel, in dem das Wohnen noch etwas teurer ist. Die andere legt ihren Schwerpunkt auf integrative Angebote und präsentiert sich als bunte Großstadt-Ganztagsschule; auch sie liegt in einer Mittelschichts-Wohngegend. Die erste entfaltet ihren Sog bis weit in den anderen Schulbezirk hinein. Schon Jahre bevor die Kinder schulpflichtig werden, beschäftigt das Schulthema die Eltern auf den Spielplatzbänken; Dutzende mieten neue Wohnungen im „besseren“ Schulbezirk, melden sich illegal um auf die Adresse von Freunden oder Großeltern, stellen Versetzungsanträge oder melden ihre Kinder auf Waldorf- oder anderen Privatschulen an.

Im Fall der weniger beliebten Schule führte das allein im vergangenen Schuljahr dazu, dass eine ganze Klasse der ersten Klassen verlorenging. Eine Abmeldung zur Privatschule reihte sich an die nächste. Doch anstatt ein Angebot zu schaffen, das die skeptischen Eltern aus bildungsaffinen Milieus zum Verbleiben bringt - etwa Begabtenförderung -, experimentiert die Schule seit diesem Sommer mit Flexi-Klassen: Erste und zweite Klasse werden gemischt, die Älteren sollen den Jüngeren etwas beibringen. Ein bewährtes Montessori-Konzept. „Aber wenn viele Kinder nicht Deutsch sprechen und nicht stillsitzen können, endet das

im Chaos“, sagt eine Mutter. Von den Gymnasien ist hinter vorgehaltener Hand zu hören, dass die Kinder dieser Schule auch deutlich schlechter lesen, schreiben und rechnen können - sie haben es schwerer, die beliebten Plätze an den gefragten Gymnasien zu bekommen.

Der Alltag im Klassenraum der Ganztagschule sieht dann auch nicht ideal aus, wie eine Familie erfahren hat: Es ist sehr laut, Kinder rennen durch die Flure, sie sitzen im Klassenraum mit den Gesichtern zur Wand, damit sie sich nicht allzu sehr ablenken. Die Lehrerin moderiert den „freien“ Lernprozess. Kinder, denen es zu laut ist, schützen sich mit Kopfhörern vor dem Lärm. Die „Nachmittagsbetreuung“ besteht zu einem großen Teil aus freiem Spiel in den Fluren.

## GRÜNDE FÜR PRIVATSCHULEN

„An staatlichen Schulen kommt die Ausbildung der Persönlichkeit zu kurz“  
**42%**

„Mein Kind soll in einem besseren sozialen Milieu aufwachsen“  
**42%**

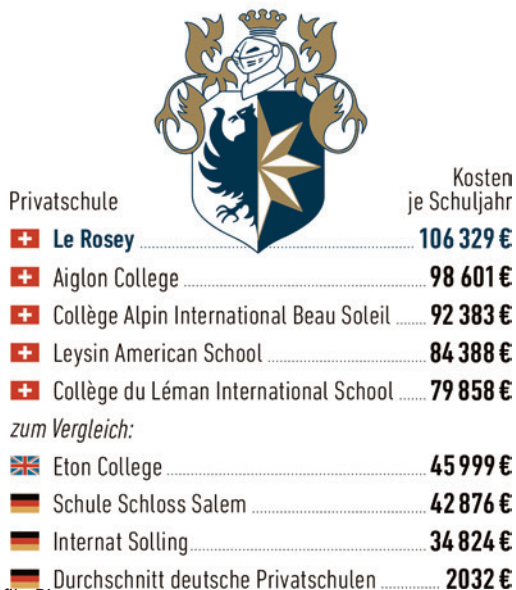
„Mein Kind lernt mehr und hat später bessere Chancen im Berufsleben“  
**30%**

F.A.Z.-Grafik: Piron

Obwohl die Eltern von Beginn an stark protestierten, hält die Schulleitung an den Flexi-Klassen fest. In einem Elternbrief im

Sommer wirbt sie um Vertrauen und bringt selbst die enorme Zahl der Ab- und Ummeldungen zur Sprache; auch wollten weit-aus weniger Kinder auf diese Schule wechseln als früher. So wie das berühmte „Schreiben nach Gehör“, das Kohorten von schreibschwachen Kindern an die weiterführenden Schulen gebracht hat, bringt das Flexi-Konzept viele Eltern auf die Palme. Sie haben genug von pädagogisch progressiven Konzepten, die schlecht in die Praxis umgesetzt werden. Unter denen, die ihre Kinder an einer privaten Schule anmelden, sind keineswegs nur Vielverdiener, sondern auch mäßig verdienende Mittelschichtfamilien, die nun auf bis zu 500 Euro im Monat verzichten müssen.

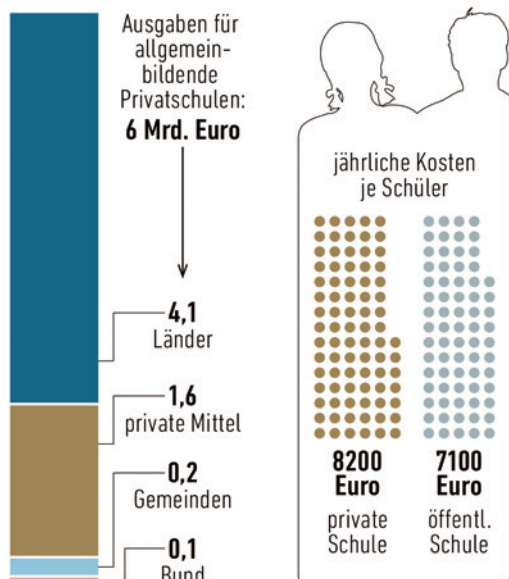
### SCHWEIZER PRIVATSCHULEN SIND AM TEUERSTEN



F.A.Z.-Grafik: Piron

Wer sein Kind auf eine Privatschule schickt, ist Teil einer stetig größer werdenden Gruppe. Gerade hat das Statistische Bundesamt Zahlen veröffentlicht: Danach besuchten im Schuljahr 2016/17 gut 750 000 Schüler eine allgemeinbildende und knapp 240 000 eine berufsbildende private Schule; das war jeder elfte Schüler in Deutschland.

### AUCH PRIVATSCHULEN BEKOMMEN GELD VOM STAAT



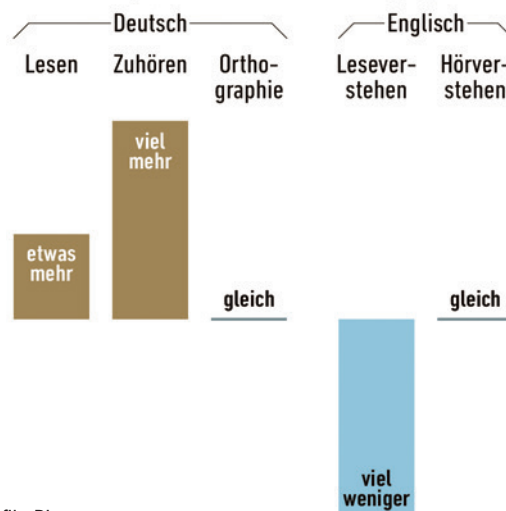
F.A.Z.-Grafik: Piron

5836 Ersatzschulen gab es: Ihr Besuch ersetzt den Besuch einer staatlichen Schule; dafür müssen sie Mindestvorgaben erfüllen zum Beispiel mit Blick auf die Lehrpläne oder die Qualifikation der Lehrer. Unter den allgemeinbildenden Privatschulen dominierten die Gymnasien mit einem Anteil von 36 Prozent; dann folgten Realschulen (13 Prozent), Grundschulen (13 Prozent) und Waldorfschulen (11 Prozent).

Oft wird von einem Boom der Privatschulen gesprochen: Das ist übertrieben. Die Nachfrage steigt über die Jahre lediglich moderat, wenn auch kontinuierlich; die stärkste Dynamik gab es nach dem Erscheinen der ersten Pisa-Studie mit enttäuschenden Ergebnissen für Deutschland („Pisa-Schock“) zu Beginn des Jahrtausends. Im Vergleich zu etlichen anderen Ländern ist der Privatschulanteil in Deutschland niedrig, es dominiert der staatliche Sektor, ein grundlegender Wandel ist nicht abzusehen.

### PRIVATSCHÜLER SIND NICHT IMMER BESSER

Kompetenzen von Privatschülern im Vergleich zu Schülern öffentlicher Gymnasien am Ende der 9. Jahrgangsstufe



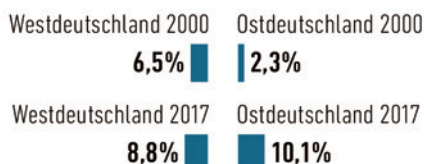
F.A.Z.-Grafik: Piron

Viele Eltern, die sich für eine private Schule entscheiden, dürfen hoffen, dass ihre Kinder dort besser lernen. Doch sind diese Erwartungen berechtigt? Man mag es kaum glauben - aber das weiß man nicht so genau. Vom Verband Deutscher Privatschulverbände (VDP) heißt es, dazu gebe es keine aktuelle Studie. Das Statistische Bundesamt hat ermittelt, dass die privaten Gymnasien ihre Schüler in etwa genauso oft zum Abitur führen wie die öffentlichen. Bei Pisa schnitten die privaten Schulen zwar besser ab als die staatlichen. Der Bildungsforscher Manfred Weiß vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung rechnete dann allerdings den sozialen Hintergrund der Schüler heraus - und für Deutschland kehrte sich der Vorteil der privaten in einen Nachteil um. In einer anderen Untersuchung stellte er vor allem mit Blick auf die kirchlichen Schulen kaum einen Unterschied zwischen privaten und staatlichen Schulen fest. Für den Forscher stand fest: Die Privatschulen, insbesondere die kirchlichen, seien pädagogisch nicht besser; die Schüler profitierten davon, dass besonders viele Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern stammten; das ermögliche einen anspruchsvollen Unterricht.

Der Vergleich zwischen öffentlichen und nichtkirchlichen privaten Schulen sei gar nicht so einfach möglich, gibt der Sprecher des Privatschulverbands VDP, Robert Renner, zu bedenken. „So mancher Schüler, der eine private Schule besucht, hätte auf einer öffentlichen gar nicht den Abschluss geschafft.“ Es sei ja gerade der Vorteil der freien Schulen, dass es für fast jedes Bedürfnis die passende Schule gebe. Viele haben sich zum Beispiel der individuellen Förderung der Schüler verschrieben - und treffen damit einen Nerv: So war in einer repräsentativen Forsa-Umfrage in Nordrhein-Westfalen von 2015 das Eingehen der Lehrkräfte auf die individuellen Bedürfnisse ihrer Kinder 58 Prozent der Eltern „sehr wichtig“ und 35 Prozent „wichtig“. Besonders oft sagten das Eltern mit niedrigem Bildungsabschluss. Von ihnen hätten fast 40 Prozent eine private Schule bevorzugt, unter allen Eltern gut ein Viertel.

### DIE MERKMALE DER PRIVATSCHULEN

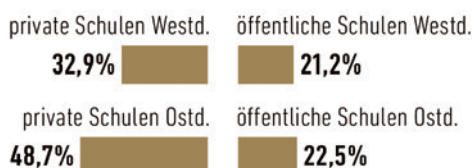
#### Schüler an privaten Schulen



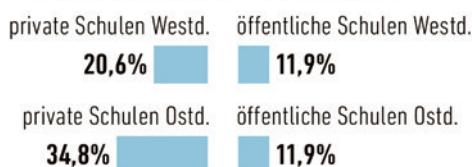
#### Schüler je Klasse



#### Schüler aus einkommensstarken Familien



#### Schüler, deren Eltern studiert haben



#### Schüler mit Deutsch als Familiensprache



Doch sind Kinder aus den niedrigeren sozialen Schichten überhaupt auf den Privatschulen anzutreffen? Die freien Schulen sehen sich oft dem Vorwurf der sozialen Selektivität ausgesetzt. So war der Aufschrei vor ein paar Monaten groß, als bekannt wurde, dass die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, ihren Sohn auf eine private Schule schickt. Nun kann man darüber streiten, ob sich das für eine sozialdemokratische Politikerin gehört, die gerne auf staatliche Lenkung setzt. In der Aufregung schwang aber auch der Vorwurf „die da oben, wir da unten“ deutlich mit.

Schon etwas ältere Forschungsergebnisse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin legen nahe, dass mehr Kinder aus bessergestellten Elternhäusern private Schulen besuchen. In einer Befragung von 2012 gaben fünf Prozent der Eltern aus den unteren Einkommensgruppen an, für den Schulbesuch ihrer Kinder zu zahlen - und 25 Prozent aus dem oberen Einkommensbereich.

Die Dominanz der oberen Schichten in den Privatschulen verwundert freilich nicht, müssen diese doch Schulgeld erheben. Nach Angaben des VDP werden die freien Schulen, je nach Bundesland, zu 60 bis 70 Prozent staatlich finanziert; der Rest wird privat, vor allem über Elternbeiträge, abgedeckt; sie lägen im Durchschnitt bei 150 Euro. Die Mehrheit der Schulen biete jedoch nach Einkommen gestaffelte Beiträge, Geschwisterrabatte und Stipendien an. Deshalb sind an den Privatschulen Kinder aus allen Einkommensschichten zumindest vertreten.

### PRIVATSCHULEN WERDEN BELIEBTER

**+81**  
**PROZENT**

ist die Zahl der allgemeinbildenden und beruflichen Privatschulen seit 1992/93 gestiegen, jetzt sind es 5839 Schulen.

F.A.Z.-Grafik: Piron

Die Diskussion über die soziale Selektivität hatte schon vor Schwesigs Privatschulentscheidung Fahrt aufgenommen: als vor einem Jahr eine Untersuchung zum „Sonderungsverbot“ von Michael Wrase und Marcel Helbig vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung veröffentlicht wurde.

Im Grundgesetz, Artikel 7, steht, dass eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert werden darf. Helbig und Wrase befanden aber: Die Ersatzschulen, Landesgesetzgeber und Schulbehörden missachteten die Vorschrift systematisch; die vom Grundgesetz beabsichtigte soziale Durchmischung der Privatschulen finde nicht statt.

Eine Einkommensstaffelung des Schulgelds reiche nicht, um dem Verbot Rechnung zu tragen. Die Forscher verlangten unter anderem eine Höchstgrenze für das Schulgeld.

In der liberalen Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit stieß die Untersuchung auf großes Unbehagen. Man gab ein Gutachten bei der Verfassungsrechtlerin Frauke Brosius-Gersdorf von der Universität Hannover in Auftrag - die kam zu die Privatschu-

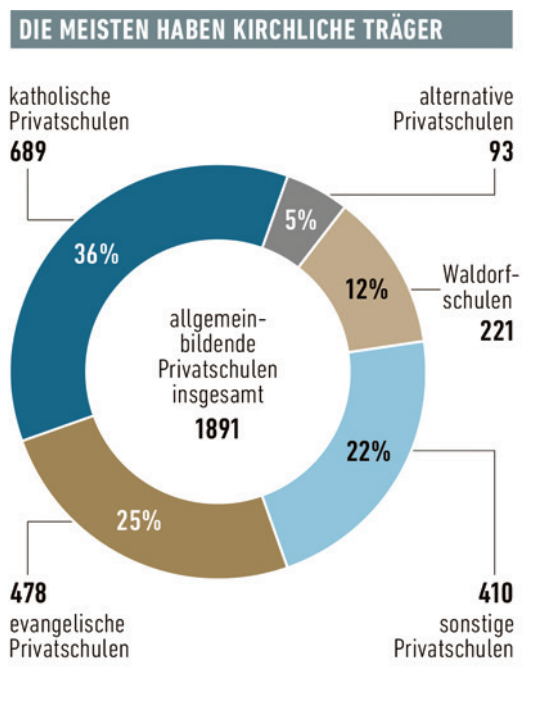
len entlastenden Ergebnissen: zum Beispiel dass das Sonderungsverbot keine Vorgabe für die Höhe des durchschnittlichen Schulgeldes enthalte und dass die freien Schulen verfassungsgemäß nicht dazu verpflichtet seien, die Ungleichheit in der Gesellschaft auszugleichen. Die Wissenschaftlerin forderte auch, der Staat müsse die Privatschulen auskömmlich finanzieren, damit sie dem Sonderungsverbot entsprechen könnten.

„Die privaten Schulen sind der falsche Gegner“, sagt Annett Witte, die Leiterin des Liberalen Instituts der Naumann-Stiftung. Auch sie übt starke Kritik an der mangelnden Chancengerechtigkeit in der Bildung. „Die starke Abhängigkeit der Bildungsergebnisse vom Bildungsstand der Eltern treibt uns ebenfalls um.“ Daran seien aber nicht die privaten Schulen schuld. Lieber sollte man auf den Staat schauen, der seine Hausaufgaben machen und die Qualität seiner Schulen heben müsse, zum Beispiel indem mehr Geld in den Primarbereich fließe.

Die freien Schulen sollten genauso viel Geld vom Staat bekommen wie die staatlichen, fordert Witte. Die Behörden müssten dann aber kontrollieren, dass sie ihre Schüler nicht nach dem finanziellen Hintergrund der Eltern aussuchten und ob sie wirklich ein Zusatzangebot, das man in den öffentlichen Schulen so nicht finde, bereitstellten. Schließlich sei das die Aufgabe der freien Schulen: eine Bereicherung der Schullandschaft zum Beispiel durch besondere pädagogische Konzepte oder eine wertorientierte Bildung. „Individuelle Wünsche können sie schneller aufnehmen als die staatlichen Schulen.“ Und sie seien schon oft ein Vorbild für die staatlichen Schulen gewesen.

Wäre jedoch die Qualität der staatlichen Schulen besser, ist Witte überzeugt, dann würden viele Eltern ihren Nachwuchs gar nicht auf eine private Schule schicken. „Sie kosten anders als staatliche Schulen ja Geld, und man muss nicht selten durch die ganze Stadt fahren, um seine Kinder dorthin zu bringen.“

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de).



F.A.Z.-Grafik: Piron

# Mein kluges Kind



Anerkennung ist für Kinder eine Quelle der Motivation. Es sei denn, man lobt sie für ihre Intelligenz.

VON MAJA BRANKOVIC

Was müssen die Kinder von heute tun, um von Mutter und Vater mit Lob überschüttet zu werden? Zumindest für Außenstehende drängt sich zuweilen der Eindruck auf: nicht viel. Überschwänglich applaudieren die Eltern, wenn der Zweijährige sich im Sprechen übt, selbst wenn er über eine scheinbar zusammenhanglose Abfolge von Lauten noch lange nicht hinauskommt. „Ja, super, du quasselst ja schon wie ein Wasserfall.“ Begeisterung macht sich breit, wenn die Fünfjährige aus dem Kindergarten ein Bild mitbringt, auf dem nicht viel mehr als ein wirres Gekrakel in Schwarz, Blau und Rot zu erkennen ist. „Super, du bist ja eine richtige Künstlerin.“ Schließlich vermischt sich in der Ekstase der Mütter und Väter elterlicher Stolz mit dem Wunsch, den Nachwuchs in allem, was er sich vornimmt, zu bestärken.

Doch ist das viele Lob überhaupt im Sinne des Kindeswohls? Oder täten die Eltern nicht vielleicht besser daran, sich ein wenig in Zurückhaltung zu üben? Antworten auf diese Fragen liefern die aktuellen Forschungsarbeiten des kanadischen Entwicklungspsychologen Kang Lee. In einer Reihe von Experimenten

hat er untersucht, wie Kinder mit verschiedenen Formen des Lobs umgehen und wie das Lob ihr Verhalten beeinflusst. Seine Studien stellen den überschwänglichen Eltern ein durchwachsendes Zeugnis aus. Lob durch ihre Bezugspersonen ist für Kinder die wichtigste Belohnung. Es fördert die Motivation, stärkt das Selbstbild und kann den Lernerfolg stark verbessern. Aber Eltern sollten aufpassen, wofür genau sie ihr Kind mit Anerkennung überschütten.

Gemeinsam mit seinen Kollegen hat der Wissenschaftler analysiert, wie 300 Kindergartenkinder in Ostchina mit unterschiedlichen Arten des Lobs umgegangen sind. Die kleinen Testpersonen, die zur Hälfte drei und zur Hälfte fünf Jahre alt waren, nahmen dafür an einem einfachen Ratespiel teil. In einem ersten Durchgang sollten die Kinder fünfmal erraten, ob die Zahl auf einer Karte höher oder niedriger als sechs war. Das Ergebnis auf der Karte manipulierten die Forscher so, dass die Kleinen zweimal falsch und dreimal richtig lagen. Einen Teil der Kinder lobten sie nach jedem richtigen Versuch mit den Worten „Das hast du sehr gut gemacht“ - sie wurden also für ihre Fähigkeiten gewürdigt. Einen weiteren Teil priesen sie mit den Worten „Du bist so schlau“ - also für ihre Intelligenz. Eine dritte Gruppe erhielt gar kein Lob.

In einem zweiten Durchgang erhielten alle Kinder die Chance, hinter dem Rücken der Erwachsenen zu schummeln. Sobald sie die Karten auf dem Tisch im Versuchsraum aufgebaut und erklärt hatten, verließen die Forscher für 60 Sekunden den Raum. Die-



jenigen, die im ersten Durchgang für ihre Leistung und nicht für ihre Intelligenz gelobt worden waren, verhielten sich in diesem Zeitraum für ihr Alter unauffällig: Sie schummelten etwa genauso oft wie die Kinder der Kontrollgruppe, deren ursprüngliche Leistung unkommentiert blieb. Die „klugen“ Kinder aber sahen sich deutlich häufiger die zu erratende Karte heimlich an.

Der Entwicklungspsychologe erklärt das so: Wird ein Kind pauschal für seine Intelligenz gelobt, bekommt es den Eindruck vermittelt, dass es auf die Ergebnisse seiner Arbeit keinen Einfluss hat: Gelingt eine Aufgabe gut, ist das keine besondere Leistung, denn es hatte ja das Glück, schlaue geboren worden zu sein. Mislingt eine Aufgabe dann aber doch, müsse das wohl heißen, dass es doch nicht so schlaue ist. Folglich seien diese Kinder vor allen Dingen darum bemüht, vor den Eltern den Anschein besonderer Intelligenz aufrechtzuerhalten.

Die Erkenntnisse der neuen Studie decken sich mit den Forschungsergebnissen von Carol Dweck, einer amerikanischen Verhaltenspsychologin, die über viele Jahre hinweg den kindlichen Umgang mit Lob beobachtet hat. Eine ihrer frühen Studien aus den neunziger Jahren folgt einem ähnlichen Versuchsaufbau wie die Untersuchung des Kanadiers Lee. Auch Dweck ließ amerikanische Kinder im Kindergartenalter zunächst einfache Aufgaben erfüllen. Eine Gruppe lobte sie im Anschluss für ihre Intelligenz, die andere pries sie für ihre harte Arbeit und die große Mühe, die sich die Kinder bei der Bewältigung der Aufgaben gegeben hätten.

Für die Motivation der Kinder machte die Art des Lobes einen gewaltigen Unterschied: Die Kleinen, die vor allem für ihre Intelligenz gelobt wurden, schnitten in weiteren Tests schlechter ab, scheuten anspruchsvolle Aufgaben und gaben schneller auf, sobald sie an ihre Grenzen stießen. Sie hätten Angst vor Fehlern entwickelt, begründet die Forscherin ihre Beobachtung. Kinder hingegen, die Anerkennung für ihre Anstrengungen erhielten, bewiesen mehr Ausdauer, hatten mehr Spaß, zeigten Lust an der Herausforderung und machten größere Fortschritte.

Besonders bemerkenswert ist, dass die Wissenschaftlerin in den Jahrzehnten ihrer Arbeit immer wieder auf die gleichen Verhaltensmuster stieß - egal, ob sie Kleinkinder, Pubertierende oder junge Erwachsene untersuchte. Wurden die jungen Menschen für ihre Intelligenz gelobt, beförderte dies kurz deren Stolz. Auf Dauer ging die Strategie aber nach hinten los. Mit Misserfolgen konnten „intelligente“ Kinder nicht gut umgehen. Statt sich weiterhin anzustrengen, trauten sie sich bald nur noch an einfache Aufgaben heran, in denen sie garantiert glänzen konnten.

Auch der Kanadier Lee betont, wie komplex Lob eigentlich funktioniert und dass Eltern deshalb behutsam damit umgehen sollten. Die Bestätigung, besonders intelligent zu sein, befördere weder die Motivation noch das Selbstwertgefühl, sondern führe zu Druck und Versagensängsten. Und auch wer den eigenen Nachwuchs zu überschwänglich lobe, setze ihn womöglich dem Druck aus, stets den hohen Erwartungen der Eltern genügen zu müssen.

Immer wieder betont Lee bei seinen Auftritten im Fernsehen, auf Podien und Konferenzen, er wolle Kinder bestärken und dafür sorgen, dass sie mit sich im Reinen sind. Stolze Mütter und Väter müssen von den Ergebnissen seiner Untersuchungen tatsächlich nicht verunsichert sein: Sie können ihre Kinder getrost für ihre wirren Kunstwerke loben. Den Kindern tut die Anerkennung für ihre kleinen Erfolge gut.

Zhao, L., Heyman, G. D., Chen, L., Lee, K. (2017): Praising Young Children for Being Smart Promotes Cheating. *Psychological Science*, 28 (12), S. 1868-1870.

Mueller, C. M., Dweck, C. S. (1998): Praise for Intelligence Can Undermine Children's Motivation and Performance. *Journal of Personality and Social Psychology*, 75, S. 33-52.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)

# Wann muss ich die Karriere meines Kindes planen?



Englisch schon im Kindergarten, Klavierstunden sowieso, dann ab aufs Gymnasium, zur Not mit Nachhilfestunden: Geht es vielleicht auch eine Nummer kleiner?

VON URSULA KALS

Die meisten Eltern eint ein ehrenvoller Gedanke: Sie wollen das Beste für ihr Kind. Zuweilen wollen sie das so sehr, dass sie sich fragen: Muss ich schon in der Grundschule Dinge beachten, damit der Sprössling die besten Startchancen hat? Böse könnte man antworten - weshalb erst in der Grundschule, dann ist es doch viel zu spät! Englisch im Kindergarten ist längst nicht mehr exklusiven privaten Einrichtungen vorbehalten, das bietet selbst der Zwergenhort in der Provinz an.

Die Vernünftigen unter den besorgten Eltern haben auch gar keine Tigermums oder Eiskunstlaufeltern im Blick, die die Tage ihrer Kleinkinder vom Geigen- bis zum Spanischunterricht durchtasten. Nein, es geht auch nicht um eine gehässig-glossierende Betrachtung, die von der Mozart-Beschallung für den Fötus über den Karatekurs für Kleinkinder bis hin zur Kinderuni reicht, nicht zu vergessen den Termin fürs autogene Training, weil Stella-Marie erstaunlicherweise Schwierigkeiten mit dem Einschlafen hat. Es

geht vielmehr darum, mal einen Gang runterzuschalten und sich nicht von der Flut an Angeboten - von denen viele reine Geschäftemacherei auf Kosten der Kleinsten sind - verrückt machen zu lassen.

Weniger ist mehr, und Vergleichen nährt nur Verdruss. Dann kann Finn halt früher in die Pekipgruppe pupsen und das Köpfchen heben. Na und! Soll er doch. Kinder haben ihr eigenes Tempo, eins plappert früh, das andere läuft früh, beides zusammen ist fürs Gehirn schwierig und selten. Kinder brauchen Zeit und entspannte Eltern, die sie lieben, weil sie ihre Kinder sind und eben nicht die Projektionsfläche ungelebter Träume oder Marionetten ideologischer Pädagogik. Das ist keine aufregende Theorie, aber eine, die die Superkind-Debatte entkrampft und relativiert.

Es sind ja die Extrembeispiele, die provozieren. Sich über eine unmütterliche Mutter auszulassen, die ihr schwächtiges Kind viermal in der Woche zum Geräteturnen treibt, obwohl der Junge lieber mit dem Kumpel auf dem Bolzplatz wäre, ist ein Aufregethema, eins von vielen der Helikoptereltern-Rubrik. Aber eben nicht der Normalfall. „Ich finde, die meisten Eltern begleiten ihre Kinder gut“, sagt Stefanie Krapp. Und sie kennt derer viele. Trotzdem beobachtet die Rektorin einer Aachener Grundschule manche Entwicklung skeptisch. Zum Beispiel die Fernreisen von Familien, die nach Dubai fliegen, aber nicht auf die Idee kommen, den Park um die Ecke zu erkunden oder die eigene Stadt kennenzulernen. „Solche Urlaubsziele sind nicht zu toppen, wenn wir einen Ausflug in den Wald unternehmen, empfin-

den das die Kinder als langweilig.“ Bei Stefanie Krapp schwingt Bedauern mit, als sie das sagt, aber auch Verständnis. „Eltern machen das nicht bewusst, es gibt jetzt diese Möglichkeiten, Flugreisen sind bezahlbar, dann ist der Urlaub in der nahen Eifel nicht mehr attraktiv.“

All diese Angebote ziehen neue Ansprüche nach sich. Die 47 Jahre alte Pädagogin sieht das kritisch. „Abschlussfahrt im Kindergarten, ganz früh dann Klassenfahrten, das finde ich nicht gut.“ So werden Erwartungen hochgeschraubt, stets müsste etwas Besonderes erlebt werden. In Stefanie Krapps Augen fördert man Kinder sinnvoller, indem man Zeit mit ihnen verbringt, sich gemeinsam an den Tisch setzt und zu Abend isst. Kopfschüttelnd sieht sie Eltern, die ihr Kind abholen, dabei aber das Handy fixieren, anstatt miteinander zu reden.

Kinderprogramme der Konzertveranstalter, der Museen, der Hochschulen seien jedes für sich genommen eine tolle Sache. Sie alle wahrzunehmen, um eine Art obskuren Bildungsvorsprung zu erzielen allerdings nicht. „Denn all die Angebote vermitteln den Eltern: Mein Kind hinkt hinterher. Das erhöht bei vielen den Druck, ja nichts zu verpassen.“ Der Optimierungswahn sei ein „Dämon, dem man sich kaum entziehen kann“, schreibt der Kinder- und Jugendpsychiater Michael Schulte-Markwort in seinem nachdenklich stimmenden Buch „Super Kids. Warum der Erziehungsehrgeiz unsere Familien unglücklich macht“.

Auch Stefanie Krapp erlebt in der Praxis, woran Mittelstandsfamilien krankt. „Viele Eltern machen sich heutzutage mehr Gedanken um die Zukunft des Kindes, weil sie selbst nicht in sicheren Arbeitsverhältnissen sind. Dem Kind soll es bessergehen.“ Dabei übersehen sie, dass für einen kleinen Menschen schon der ganz normale Alltag neu und aufregend ist.

„Ich finde es entscheidend, Kindern etwas zuzutrauen, das Bett zu machen, die Katze zu füttern, den Schulweg allein zurückzulegen. Ein Kind einfach mal zum Bäcker schicken ist sinnvoll, da muss es sich konzentrieren, etwas rechnen, in der Schlange stehen, Geduld zeigen. Das macht Kinder selbständig, stark und legt gute Grundlagen.“

Einige wenige feste Termine in der Woche findet die Mutter von vier Kindern in Ordnung, nicht aber komplett verplante Wochen. „Es ist so wichtig, bei schönem Wetter rauszugehen zum Spielen oder ein spannendes Buch weiterzulesen.“ Familien, die gemütlich puzzeln, vorlesen, spazieren gehen und überlegen, welcher Vogel da singt, die machen vieles richtig. Es seien die einfachen Dinge, die Kinder glücklich und stabil machen fürs lebenslange Lernen. Das klingt gar nicht schwierig, ist für viele Familien, die im Bermudadreieck zwischen Beruf, Haushalt und Kindern unterzugehen drohen, aber herausfordernd.

Uta Allgaier, Elternberaterin in Hamburg, warnt davor, das Thema zu akademisch anzugehen. „Wer sein Kind fördern möchte, sollte es altmodische Dinge tun lassen: Seilspringen, Weben, Schaukeln, das hilft zum Beispiel, beide Gehirnhälften miteinander zu verknüpfen. Also Dinge tun, die man nicht sofort auf dem Zettel hat beim Thema Karriere.“ Mit dem Kind basteln, es mit der

Schere hantieren zu lassen bringe viel. Na, davon bekommt man keinen guten Job, widersprach ihr eine misstrauische Mutter. „Es fördert die Koordination. Lustige Reime schulen das Sprachvermögen, Schüttelspiele bereiten aufs Rechnen vor.“ Uta Allgaier, Mutter von zwei erwachsenen Kindern, findet: „Viele verbinden Lernen mit Sitzen am Tisch, das ist verkürzt.“ Die 54 Jahre alte Buchautorin betont die B-und-B-Formel, Bindung und Begeisterung: „Ich finde es sinnvoll, Kindern nicht abstrakt etwas beizubringen, sondern sie bei meinen Themen mitzunehmen.“ Wenn Mama Mozart mag, soll sie mit dem Säugling „Figaro“ lauschen, wenn Papa Philosophie liebt, soll er Kant vorlesen. Kinder lassen sich von ehrlicher Begeisterung anstecken.

Hirnforscher Manfred Spitzer hat das wissenschaftlich nachgewiesen. Das Kind versteht den kategorischen Imperativ nicht, bekommt aber ein Gefühl für Satzstrukturen. Freude ist ansteckend, gehe ich lieber schwimmen, als Kekse zu backen, ist das okay. Vielleicht backt der Patenonkel gerne mit dem Kind und taugt als Vorbild.

Eine entspannte, fröhliche Kindheit stärkt für Schule, Ausbildung, Hochschule. Was aber, wenn mein Kind ein großes sportliches, musikalisches, intellektuelles Talent hat und ich verschlummere das? Hätte da nicht doch der Klavierunterricht enger getaktet werden sollen? Stefanie Krapp beruhigt: „Ganz besondere Talente sollte man fördern und sich dabei darauf verlassen, was ein Profi sagt. Die haben dafür einen guten Blick. Ist das der Fall, sollte man besonders aufmerksam sein, ob es dem Kind noch gutgeht, und darauf achten, dass das Kind noch eine Kindheit und Freizeit hat.“

Diese Stichworte führen zum Stressthema Noten. Schon Grundschulkind mit Nachhilfe zu traktieren, sie aufs Gymnasium zu manipulieren, obwohl sie das schlicht und einfach kognitiv überfordert, ihnen unbeabsichtigt das demütigende Erlebnis des Versagens, des Misserfolgs zu vermitteln samt unfreiwilligem Abgang ist schlimm. „Schule soll Kindheit nicht überschatten. Wenn Kinder früh speichern, ich bin nicht gut genug, ist das wirklich karriereblockierend“, warnt Uta Allgaier. In Nordrhein-Westfalen schicken nur vier Prozent der Eltern ihre Kinder auf eine Hauptschule. Die Mehrheit strebt für den Nachwuchs Gesamtschule oder Gymnasium an. Eine Zahl, hinter der sich Kinderleid verbirgt. Scheitern ist programmiert.

Und die Frage der Berufswahl? Muss man die zeitig anmoderieren, damit sich der verwirrte Schulabgänger wegen Entschlussunfähigkeit nicht nach Australien verabschiedet? Lehrerin Stefanie Krapp winkt amüsiert ab: „Das ist alles viel zu früh. Mal zur Polizei, zur Feuerwehr zu gehen finde ich nett. Die relevante Entscheidung kommt erst mit 18, 19 Jahren. Weiterführende Schulen bieten viel an.“ Und wer weiß schon, welche Berufe es in Zukunft geben wird? „Wer hätte vor 20 Jahren gedacht, dass sich mit einem Youtube-Kanal ein Lebensunterhalt bestreiten lässt“, sagt Allgaier.

Wenn Rektorin Stefanie Krapp die Erstklässler willkommen heißt, ermutigt sie die stolz-aufgeregten Eltern, „den Kindern zu vertrauen, dem Leben zu vertrauen. Wir dürfen Fehler machen, dar-

aus lernt man was. Loben sie die Kinder für Dinge, die sie in der Schule lernen. So viel in kurzer Zeit lernt man nie wieder.“ Manch einstiger Sitzenbleiber, vorübergehend versackend im Jungs-Pubertätstief, hat es im Erwachsenenalter zu ungeahnten Höhenflügen gebracht. „Aus dir wird nie etwas, so landest du noch in der Gosse“ - solche Aussagen besorgter Mütter kennen viele. Nur wenige sollten viel drauf geben.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main. Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de)



# Unser Textservice: Recherche, Textproduktion, Illustration, Übersetzung.

**Wir unterstützen und gestalten Ihre Projekte und Ihre Kommunikation**

Geht es um die Vermittlung komplexer Sachverhalte, komplizierter Themen oder gar unangenehmer Informationen, dann findet Ihr persönlicher Research-Berater gemeinsam mit Ihnen die passende Kommunikationslösung. Wir recherchieren und prüfen Informationen und Fakten und präsentieren die Ergebnisse zielgruppengerecht. Unsere Texte überzeugen durch ihre schnörkellose sprachliche Qualität, ihre transparente Struktur und hohe Nachvollziehbarkeit.

Über die reine Textproduktion hinausgehende Dienste wie Illustrationen, Übersetzungen oder Vertonungen erhalten Sie bei uns aus einer Hand. In langjähriger enger Zusammenarbeit mit Grafikern, bekannten Sprechern und erfahrenen Tonstudios erstellen wir für Sie auch multimediale Inhalte. Wir kümmern uns außerdem um die lizenzrechtliche Absicherung bei der Verwendung von Inhalten Dritter.

Ihr Partner für Information und Content: ☎ (069) 7591-2200 ✉ [faz-research@faz.de](mailto:faz-research@faz.de) 🌐 [www.faz-research.de](http://www.faz-research.de)

## F.A.Z.-Research

Der Business-Service des Frankfurter Allgemeine Archiv